

bringen müssen; denn die politische Einstellung Kochs ist bekannt und hat sich nicht von heute auf morgen geändert.

In Wirklichkeit bildet die Person Kochs für die Bayerische Volkspartei nur einen Vorwand, um dem zweiten Kabinett Luther eine stärkere Tendenz, als anfänglich geplant, nach rechts zu geben. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion spielt in diesem Zusammenhang eine gewisse Rolle. Sie hat den Verlust der Futtertruppe nur sehr schwer überstanden und versucht jetzt mit allen Mitteln, wenigstens durch eine Hintertür sich auch einen gewissen Einfluß auf das neue Kabinett zu sichern.

Als die Volkspartei unter dem Einfluß der Verhandlungen müde geworden war und sich mit der anfänglich geplanten Zusammenlegung des Kabinetts abgefunden hatte, versteckten sich die Deutschen hinter die Bayerische Volkspartei und prompt wurde der erteilte Auftrag ausgeführt. Koch soll verschwinden und an seine Stelle soll nach dem Wunsche der Bayerischen Volkspartei oder besser der Deutschen nationalen ein Mann treten, der den Deutschen nationalen angenehmer ist.

Inzwischen hat Koch seiner Fraktion das Mandat für das Reichsinnenministerium zur Verfügung gestellt. Er persönlich will nicht den Anlaß zur Verlängerung der Krise geben. Die demokratische Fraktion aber hält vorläufig noch an Koch als Innenminister fest. Einstimmig faßte die demokratische Fraktion den Beschluß, sich nur unter der Bedingung an der Regierung zu beteiligen, daß Koch Innenminister wird. Geßler teilte Luther diesen Beschluß mit und soll gleichzeitig die Versicherung abgegeben haben, daß er sein Amt als Reichswehrminister nicht behält, wenn Koch nicht das Innenministerium bekommt.

Die Regierung der Mitte ist also gescheitert und die Demokraten, die den Sozialdemokraten bittre Vorwürfe machten über die Ablehnung der großen Koalition, werden nach den gemachten Erfahrungen das Verhalten der Sozialdemokraten vielleicht etwas anders beurteilen.

Man spricht jetzt davon, daß Luther nun eine Beamtenregierung bilden werde. Manche Politiker behaupten sogar, jetzt sei er erst am Ziele seiner Wünsche; denn die Beamtenregierung habe er auf diesem Umwege nur angestrebt. Am leichtesten läßt sich allerdings mit „unpolitischen“ Beamten eine verkappte Rechtsregierung bilden. Und das ist das Streben aller derer, die durch Kapital und Besitz Einfluß auf die deutsche Wirtschaft haben.

Albert Thomas in Berlin.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, ist am Montag in Berlin angekommen, um mit den Reichsbehörden über die Ratifizierung der verschiedenen Abkommen zu verhandeln. Er fuhr dann nach Chemnitz und wird im Laufe dieser Woche Gelegenheit nehmen, auch vor den Berliner Gewerkschaften zu sprechen.

Nach seiner Abreise nach Chemnitz sprach ein Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion mit Albert Thomas über den Zweck seines Berliner Aufenthalts. Wie alljährlich befindet sich Genosse Albert Thomas auf einer Rundreise durch die verschiedenen Staaten, die dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossen sind, um in direkter Fühlungnahme verschiedene Fragen zu besprechen.

Auf die Frage, wie es mit der Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag stehe und weshalb besonders die Zusammenkunft zwischen den Arbeitsministern Englands und Deutschlands in Frankfurt a. M. keine weiteren Folgen gehabt habe, erklärte Albert Thomas, daß die Folge dieser Zusammenkunft ein Fragebogen gewesen sei, den die englische Regierung an die hauptsächlichsten europäischen Industrieländer versandt habe. Dieser Fragebogen sei von allen Regierungen, natürlich auch von der deutschen Regierung, beantwortet worden. In der demnächst stattfindenden Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts dürfte der englische Regierungsvertreter eine Erklärung abgeben, die sich auf den Achtstundentag bezieht.

In der Frage der Ratifizierung des Achtstundentags sei eine Forderung ein Stillstand, wenn nicht ein Rückschritt, eingetreten. Dieser Stillstand sei inzwischen überwunden. Es ist

zu hoffen, daß nunmehr, da ja auch in Deutschland die Neigung zur Ratifizierung des Abkommens von Washington feststehe, damit auch in den anderen Ländern die Widerstände und Schwierigkeiten beseitigt würden.

Auf die Frage, wie es mit der Ratifizierung der Abkommen, die die Nachtarbeit der Kinder und Frauen und der Regelung der Altersgrenze Jugendlöcher bei gewerblicher Tätigkeit durch Deutschland stehe, erklärte uns Albert Thomas, daß offenbar der gesamte Fragenkomplex in dem beabsichtigten Arbeitsgesetzbuch, das gegenwärtig im Reichsarbeits-



Albert Thomas

Alexander Schilde

ministerium ausgearbeitet wird, behandelt werden soll. Das sei wohl der wesentliche Grund, weshalb Deutschland bisher diese Abkommen nicht ratifiziert habe.

Auf den Einwurf, daß man in Deutschland die etwas kurz bemessene deutsche Personalvertretung im Internationalen Arbeitsamt kritisiere, erwiderte Albert Thomas, daß er nach dem zu erwartenden Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, wodurch dem Internationalen Arbeitsamt größere Mittel zur Verfügung stehen würden — bis jetzt zählt Deutschland etwa den Beitrag, den Kanada zahlt —, auch die durchaus berechtigten Wünsche Deutschlands nach dieser Seite mehr berücksichtigen können würde, als ihm dies bisher möglich war. Auch dies sei wesentlich eine Frage von Leistung und Gegenleistung. Je intensiver Deutschland an den Arbeiten des Völkerbundes teilnehmen werde, desto größer werde auch sein Einfluß sein.

Der Gipfel des Fürstenraubes.

Der Skandal der deutschen Fürstenraubwertung scheint im früheren „Reich“ des Herzogs Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha seinen Höhepunkt anzustreben. Herzog Karl Eduard hat mit großer Strupellofigkeit die „vermögensrechtliche Auseinandersetzung“, wie er sie auffaßt, durch die Schaffung eines eignen „Generaldirektors“ für Auseinandersetzungsprozesse mit dem Staate, eingeleitet. Zwei Herren sind ihm dabei als „Gegner“ besonders an die Hand gegangen, der ehemalige preussische Oberpräsident von Pommern von Ziller und der ehemalige preussische Landrat Boigts, den der Herzog zum „Generaldirektor“ seiner Vermögensverwaltung ernannt hat. Beide haben sich einen Stab von Hilfsarbeitern geschaffen und verdienen sich aus der Privatkassette des Herzogs zu ihrer preussischen Pension noch eine ordentliche Stange Geld.

Den Bemühungen der beiden ist es nunmehr gelungen, die Anerkennung der Koburg-Gothaischen Fideikommiss als Privatbesitz vom Gericht zu erkämpfen. Ein Besitz, der nach der Meinung der „Bosstischen Zeitung“ folgenden Umfang angenommen hat:

Es handelt sich nicht um 36 000 Morgen in Gotha und Umgebung, vielmehr umfaßt der Nießenbesitz, der in das freie Eigentum des Herzogs übergehen soll, mehr als ein Siebentel der Gesamtgrundfläche des früheren Herzogtums Gotha und zusammen mit den unmittelbar angrenzenden

Schmalalbener Forsten fast ein hundert und zwanzigtausend preussische Morgen, darunter die schönsten Wälder Thüringens, 60 v. H. des Waldbodens im früheren Herzogtum Gotha, 12 Oberförstereien (Thal, Reichschmalalben, Friedrichsroda, Georghal, Tambach, Dietzhau, Stuhlfeld, Winterstein, Hohlborn, Schnellbach, Steinbach-Gallenberg) und eine Nebierverwaltung (Gräfentonna). Dazu das Schloßgut und das Köllnerische Freigut in Gräfentonna und die Domäne Döllstädt, Schloß Reinhardtsbrunn, Jagdschloß Oberhof, das Schloßhotel Oberhof, das Parkhotel Reinhardtsbrunn, die Gastschänke Jnsehsberg, Spiehsberg, Heuberg, Klostermühle, die Schankstätten Steigerhaus, Neißelbergshaus, Neues Haus, Falkenstein, Untere und Obere Schweizerhütte, zahlreiche, zum Teil sehr wertvolle Häuser in der Stadt Gotha und andern Orten, ungezählte bestgelegene Bauplätze usw. Hierzu kommen die mehr als 50 000 Morgen des Richtenberger Fideikommisses und das ungewöhnlich wertvolle Hausallodium (Silberschlag, Kunstsammlungen usw.), das nach dem Gausgesetz nicht als persönliches Eigentum des Herzogs zu betrachten, vielmehr ebenso wie das Domänenfideikommiss einschließlich der Schmalalbener Forsten, das Ernst-Albert-Fideikommiss und das Richtenberger Fideikommiss „mit der Entzession in die Regierung untrennbar verbunden ist“.

Herzog Karl Eduard wirkt also zweifellos bahnbrechend auf dem Gebiet der Auspoberung des deutschen Volkes durch seine Landesväter. Die Republik aber läßt sich nicht nur ganze Länderstücke entreißen, sie bezahlt auch noch den Helfern dieser Landräuber anständige Pensionen.

Monarchistische Rechtsauffassung.

Die Deutschnationalen, die die Sparer und Rentner enteignet haben und, um sie zu trösten, unter Führung des Fürstenanwalts Everling den ehemaligen deutschen Fürsten auf Kosten des verarmten deutschen Volkes Inkunnen zuschanzen wollten, werden nicht müde, sich auf das „Recht“ zu berufen und den Volksvertretern, die sich schützend vor die durch die Gabbier der Fürsten bedrohten Volksmassen stellen, den Vorwurf des Raubes an fürstlichem Eigentum zu machen. Es ist interessant, einige der Rechtstitel unter die Lupe zu nehmen, durch die den Fürstenthümern Ansprüche erwachsen sein sollen, die sie mit der ihnen in Geldsachen von jeher eigen gewesenen Fähigkeit verfechten.

Friedrich Wilhelm 3. von Preußen hatte die Herrschaft Platom-Krojanke in Westpreußen erworben. Nach dem Preussischen allgemeinen Landrecht fielen unbewegliche Sachen, die der Landesherr erworben und über die er weder unter Lebenden noch von Todes wegen verfügt hatte, nach seinem Ableben dem Staate zu. Der König hatte festwillig anordnen wollen, daß aus der Herrschaft Platom-Krojanke ein Fideikommiss für seine nachgeborenen Söhne zu errichten sei, er hatte indeß diesen Willen in einem rechtsgültigen Testament nicht zum Ausdruck gebracht. Am 14. Januar 1842 erließ sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm 4. eine Kabinettsorder, durch die er die Herrschaft zum Familienfideikommiss für seine Brüder machte. Da jede Kabinettsorder eines absoluten Monarchen ein Gesetz war, ist dem Staat in dieser Weise „auf gesetzliche Weg“ ein Eigentumsobjekt entzogen worden, das einen Wert von etwa 26 Millionen Mark hat.

Die Herrschaft Wusterhausen gehörte seit 1786 zu den Domänen des preussischen Staates und unterstand der staatlichen Domänenverwaltung. Als im Jahre 1818 Friedrich Wilhelm 3. für den Prinzen August von Preußen auf dem zur Herrschaft Wusterhausen gehörenden Grundbesitz eine Rente eintragen lassen wollte, vertrat der Justizminister von Pirchsen die Auffassung, daß die Rentenbewilligung unzulässig sei, da die Herrschaft wie alle Domänen ohne Zweifel im alleinigen Eigentum des Staates stehe. Auf die Vorstellungen des Prinzen August entschied indessen der Staatskanzler Fürst Hardenberg, daß im Grundbuch als Eigentümer der Herrschaft Wusterhausen „Seine Majestät der König von Preußen“ einzutragen sei. So geschah es. Auf diese Weise erwarb das Haus Hohenzollern staatliches Eigentum, das gegenwärtig einen Wert von über 47 Millionen Mark besitzt.

Die Herrschaft Schwedt, Wieraden und Wildenbruch war vom Allgemeinen Landrecht für Staatsdomäne erklärt worden. Im Jahre 1847 eröffnete König Friedrich Wilhelm 4. der sich den aufstrebenden preussischen Ständen gegenüber in eine möglichst günstige materielle Lage bringen wollte, dem Justizminister, er glaube, daß diese Herrschaft widerrechtlich von seinem Hausgut abgetrennt sei. Im Verlauf der darauf eingeleiteten Verhandlungen vertraten der Finanzminister von Rabe und sein Amtsnachfolger von Bodelschwingh den

Brudners E-Roll-Weise.

Der die österreichische Monarchie im 19. Jahrhundert politisch und wirtschaftlich beherrschte, wird keinen günstigen Eindruck von ihr bekommen. Dieser angeheiratete und zusammengelebte Staat war von Anfang an zum Auseinanderfallen bestimmt. Wäina ließ sich an Nation und die Gewaltverhältnisse, alle unter den deutschen Hut zu bringen, waren zum Scheitern verurteilt. Anders lag die Sache auf kulturellem Gebiet. Aus der Durchdringung der Deutschen mit Slawen, Litauern und Magyaren zog die Kunst Vorteil. Der Barockstil gelangte aus erster Hand unmittelbar aus den italienischen Provinzen, nach Wien und erlebte in der Person eines Jüngers den Ertrag und das Ende von Glanz und Ruhm eine unvergleichliche Vermählung mit dem deutschen Kulturkampfe. Gleichzeitig wurde Wien zum in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die musikalische Hauptstadt aller Länder deutscher Sprache. Der gelehrte italienische Violoncellist, Cellist, Violine, spielte sich in der Kaiserstadt an, und wurde dahin gebracht. Gajdos kam und Mozart und aus dem Rheinland Beethoven. Der musikalischen Welt Wiens ist ganz sicher die hochbegabte und ungarische Hochbegabung und Staatsverwandtschaft zuzurechnen gekommen.

Mit Schubert liegen die musikalische Bedeutung der Donaustadt zu erörtern, die Stadt des Thomas-Konners, Leipzig, hat in jüngerer Zeit. Aber das können wir ja. Es kam in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, nach einer Pause von zwei Generationen, eine ganz eigenartige und unerwartete Reaktion. Schubert, der eigentliche Komponist, wählte Wien zum Wohnort und wenn auch Richard Wagner hier nur vorübergehend weilte, so wurden doch die jährlichen Konzerte am jenem Ort in Wien angehalten: Wagners Anhänger, vor allem Julius Brandner und Hugo Wolf, fanden gegen die „Schubertisten“ auf. Ihnen folgte als ein Gegner und Abstreifer Gustav Mahler. Wien in jüngerer Zeit — zu der man als Wanderer nach der „Hauptstadt“ Operette rechnen darf unter Johann Strauß, Mikulicz, Gajdos — die Ereignisse von Sünden und Opfern her ausgehend gesehen, so sind die Nachbarn unter dem Zeichen der nachdenklichen Kunst. Die Durchdringung des Opernverständnisses mit Wagnerischen Ansichten brachte eine ungemessene reiche Wirkung hervor. Auf der einen Seite und Hermanns Wagners die Wagner-Schule befreit, das ist die eine Seite des Brudnerschen Schöpfens. Eine zweite und weit wichtigere ist das Wagners in der katholischen Kirchenmusik. Seine besten Kräfte geht Brudner nicht aus der Oper, aus dem noch ungern Effektiv fre-

henden Musikdrama von Bairuth, sondern aus der kindlich-häufigen Schwärmerei, die zeitlebens unter dem Bann der mittelalterlichen Musik steht. Es gehörte eine besonders parte, innerlich gefühlige Persönlichkeit dazu, um Gewalten, die von Haus aus einander so entgegenwirkten, nicht zu unterliegen. Das 18. Jahrhundert war leichter mit diesem Widerstreit fertig geworden: es hatte der weltliche Macht die Vorherrschafft eingeräumt und aus der Weise eine Art geistlicher Oper gemacht. Koch Schuberts Es-Dur-Weise wandelt in diesen Bahnen. Damit begnügt sich Anton Brudner nicht. Mit jenem historischen Fortschrittsgeifer, der auch für seinen großen Antipoden Brahms, den Erneuerer des altdeutschen Liedes, so kennzeichnend ist, geht er auf die Quellen der Kirchenmusik zurück, auf die vorchristliche Zeit und macht erst bei den gregorianischen, frühmittelalterlichen Anfängen halt.

Nur in einem Lande mit einer so ununterbrochenen Kultur wie Österreich — kein deutscher Landstrich kann sich darin mit ihm vergleichen — konnte die Kirchenmusik des Mittelalters eine so glänzende Auferstehung feiern. Hat nur in der Abgeschiedenheit einer Landschaft, fern von den Metropolen der Industrie und des Handels, konnte das geschehen. Brudner ist bekanntlich Organist an St. Florian bei Linz gewesen, ehe er nach Wien kam worden ist. In der Abgeschiedenheit einer Schulmeisterstelle in der Provinz hat er sich langsam und mühsam nur entwickeln können, als Amador. Er ist kein Schnellfertiger gewesen, sondern hat alles jähren und bedächtig verarbeiten müssen. In dieser Beziehung war er genau das Gegenteil des Franz Schubert. In einem langen Leben — Brudner ist 72 Jahre alt geworden — hat er acht Sinfonien geschaffen, von einer reichten nur einen Turja. Ein einziges Kammermusikstück besitzen wir von ihm, ein viel zu wenig bekanntes Streichquintett. Sonst nur Chorwerke: wenig Bellindes, fast nur Kirchenmusik. Für sein Lieblingsinstrument, die Orgel, die er meisterhaft beherrschte, hat, nichts. Nur ein freies Quartettieren auf der Orgel soll er einzig gewesen sein. Ein Schüler von ihm, Friedrich Klose, hat ein Fugenthema geschrieben, das er einst in der Hauptkirche von Bairuth von ihm gehört hat, als die Wagnerfestspiele beide zusammenführten.

Dieses Werk hatte Martin Jansen, der Dirigent des Madrigalchors, der E-Roll-Weise vorgelegt. Präzidium mit Doppelnote von Klose geht natürlich auf den Altmeister aller Orgelkunst, auf Bach zurück, trotzdem ist Brudners Einfluß in der Harmonik unübersehbar. Fast mehr noch als die Komposition selber, die in der Frage nicht fraglos genug zusammengehalten ist und auch durch das Gewandmittel des unorganisch angefügten Madrigalchors über diese innere Ebene nicht hinwegzuführen vermag, interessierte die reise Fortschritt des Studienrats

Schach, der durch kluges Registrieren das Werk ausgezeichnet zu gliedern verstand.

Die Weise selber ist viel bescheidener als die in F-Roll, die der Meßfische Gesangsbücher einmal zu Gehör bringen wollte. Aber nur bescheidener in den Mitteln. Brudner hatte damals in Linz, das ein ziemlich trauriges Nest gewesen zu sein scheint, kein Streichorchester zur Verfügung. Er behalt sich also mit einem Trüppchen von Bläsern: nichts weiter als Oboe, Klarinette, Fagott, Trompete, Horn und Posaune. Also nicht einmal der Wälfkörper war vollständig: die Flöte fehlte und die Tuba, Schlagzeug gab es auch nicht. Und auf die Mitwirkung der Orgel hat der Meister ebenfalls verzichtet. Es ist unbegreiflich, was er mit diesen äußerst bescheidenen Mitteln zustande brachte. Das Hauptgewicht legte er auf den Chor, den er achtsimmig schrieb. Diese acht Stimmen freilich gaben ihm Gelegenheit zu zahllosen Kombinationen: er konnte die Frauen- und Männerstimmen abwechseln lassen und Einzelgruppen mischen. Dabei ist er bis an die äußerste Grenze des Ausführbaren gegangen, vor allem in den Sopranen, die er schonungslos in der höchsten Höhe musizieren läßt.

Es würde zu weit führen, wollte man alle Einzelheiten dieser Partitur aufzählen, die bei allen Kühnheiten niemals die Schönheit des Klangs außer acht läßt. Ohne Instrumentaleinleitung fängt er mit dem Frauenchor das „Arie eleison“ an. Im „Miserere“ („Erbarme dich“) werden die Frauenstimmen von einer einzigen klagenden Oboe geführt; im Glaubensbekenntnis, dem „Credo“, sind zwei Stellen unbergänglich: die Myhfil der Menschwerdung Christi, durch ein farblohes, farces Unisono der Singstimmen charakterisiert, und das Begräbnis („Sepulchus est“), bei dem die Posaunen eine Art Trauermarsch intonieren: „Sanctus“ und „Benedictus“ führen zu Himmelshöhen hinan. Wäufig ist einem zumute, als träten die Meister des konträrmutischen Stils, Palestrina und Orlando di Lasso, vor einen hin — aber dann macht wieder die neue Zeit ihre Rechte geltend.

Mit einem lächerlich kleinen Chor — es mögen 50 Stimmen sein — hat Martin Jansen das Wagnis unternommen, und siehe da: es glückte. Die Frauenstimmen zeichneten sich besonders durch ihren angenehmen Klang aus. Es war prächtig zu sehen, wie der Dirigent den Klang sozusagen mit den Händen modellierte und alle Schärpen zu vermindern suchte. Auch die Bläser des städtischen Orchesters gingen, von kleinen Trübungen abgesehen, wader mit. Diese Aufführung des Madrigalchors, von der Volksbühne vermittelt, war eine rechte Weisheitsprobe. Man kann mit gutem Gewissen behaupten, daß der Madrigalchor mit Martin Jansen als Dirigenten an der Spitze der hiesigen Sängervereinigungen steht.

Standpunkt, daß das Eigentum des Staates an der Herrschaft nicht zu bezweifeln sei.

Der König entzog nunmehr dem Finanzminister die Vollmacht zur Verwaltung der Herrschaft, die bis dahin der Staat geführt hatte. Der preussische Fiskus erhob Klage auf Anerkennung des staatsrechtlichen Eigentums an der Herrschaft; indes nicht bei dem ordentlichen Gericht, sondern bei dem Geheimen Justizrat des Kammergerichts. Der Seheime Justizrat war nur zur Entscheidung von persönlichen Ansprüchen gegen Mitglieder des königlichen Hauses eingesetzt, während es sich hier um ein dingliches Recht handelte. Das angerufene Gericht war also unzuständig. Dieses unzuständige Gericht erkannte trotzdem das Eigentum des Hauses Hohenzollern an der Herrschaft an, obwohl das Königshaus selbst im Prozeß lebendig geltend gemacht hatte, daß die Herrschaft ein mit der Krone verbundenes, zur dauernden Ausübung der königlichen Familie bestimmtes Fideikommiß, nicht aber, daß sie ihr Eigentum sei. Solche Fideikommißgüter waren aber nach dem Allgemeinen Landrecht den Domänen gleichgestellt; also Staatseigentum. Das Königshaus hatte mithin nur den Mißbrauch an der Herrschaft in Anspruch genommen, das gefällige Gericht sprach ihm das Eigentumsrecht zu.

Das Urteil wurde zwar vom preussischen Obertribunal bestätigt, aber selbst der Minister des königlichen Hauses bezeichnete es als falsch. Wilhelm II. trägt gleichwohl kein Bedenken, dieses Urteil zur Grundlage seines Eigentumsrechts an der Herrschaft zu machen, deren Wert nahezu 19 Millionen Mark beträgt.

Die Rechtstitel der Ansprüche der übrigen deutschen Fürstentümer sind zum Teil von der gleichen jüdischen Meinung wie die eben besprochenen der Hohenzollern. Im Jahre 1866 schloß sich z. B. der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, der sich wenige Jahre vorher durch seinen Privatsekretär Tempelhey der preussischen Fortschrittspartei für den Fall einer Revolution als Leiter der provisorischen Regierung empfohlen hatte, an Preußen an und ließ die Gotha'schen Soldaten an der Seite der preussischen Truppen bei Langensalza kämpfen. Als Belohnung schenkte ihm Wilhelm I. von Preußen die Schmarsfeldener Forsten, die einen wertvollen Bestandteil des jenen von Preußen eroberten Aachsees bildeten. Der Gothaer Herzog hielt es mit dem Anstand für vereinbar, diese Forsten zum fideikommissarischen Eigentum seines Hauses zu machen.

Man hat es hier mit einem Seitenstück zu dem kostbaren Porzellangefäß zu tun, das der Kurfürst von Hessen aus den Geldern erworben hatte, die er für den Verkauf seiner Soldaten an England erhalten hatte.

Der englische Prinz, der als Rechtsnachfolger des Herzogs Ernst den Gotha'schen Thron bestiegen hat, ist ein eifriges Mitglied der deutschen nationalen Partei. Er nimmt die wertvollen Forsten als persönliches Eigentum in Anspruch. Die Geltendmachung dieses Rechtes an Liegenschaften, die als Prämie für Untertanen der gotha'schen Soldaten gewährt sind, zeigt, daß er sich in die Ideenwelt der Deutschnationalen völlig eingelebt hat.

So sehen viele der Rechte aus, um die die deutschen Fürstentümer nach deutschnationaler Auffassung durch die Sozialdemokratie beraubt werden sollen.

Der Massenmord in München.

Im Münchner Mordprozeß erzählt ein Major Pieper am Montag, Nohe habe bei einer Offiziersbesprechung in Berlin erklärt, er beabsichtige nicht, gegen jeden Leutnant vorzugehen, der in Ausübung seines Dienstes einmal einen Liebergriff begangen habe.

Der Führer des Freikorps Bülow, Major von Bülow, stellt dann dem Angeklagten Bölling das Ergebnis eines scharfen und rücksichtslosen Offiziers aus, der jeden Befehl durchgeführt habe, wie er das auch von seinen Leuten verlangte. Als Inhalt des Scherzartikels bezeichnet dieser Zeuge im Widerspruch zu den andern Zeugen die Vorschrift, daß jeder, der gegen die Regierungstruppen kämpfte oder gefämpft habe, an die Wand gestellt werden mußte. Der verstärkte Erlaß der Gardebatterie-Schützenabteilung habe besagt, daß jeder Gegner, von dem der Truppenführer die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er den Regierungstruppen entgegengetreten sei, an die Wand gehöre und zwar ohne umständliches Standgerichtsverfahren, sondern nach dem einfachen Standrecht, nach dem der Führer ohne weiteres die gefangenen Gegner erlegen konnte und mußte. Ein Befehl, der besagt hätte, daß nur solche Leute, die mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen wurden, zu erlegen seien, hätte der Truppe gar nichts geholfen. Es sei notwendig gewesen, den brutalen Befehl von oben zu erlassen und er habe diesen Befehl seinen Leuten weitergegeben. Mit dem Verbrechertum der Aufständischen habe aufgeräumt werden müssen. Die Art, wie die Bevölkerung der Truppe schon in Regensburg entgegengetreten sei, habe gezeigt, daß die Gegner nicht fittsamer und zäher gewesen seien als die in Berlin. Soldaten, die einmal von der Truppe ver-

Auf Hans Sachsens Todestag.

Es gab öfter Zeiten, in denen die Kunst nicht — wie in der Gegenwart — neben dem Leben stand, sondern tief in den Alltag hineintrat. Der 350. Todestag von Hans Sachs am 19. Januar gibt Veranlassung, uns in eine Zeit und eine Stadt zu versetzen, wo Kunst und Leben, Bürger und Künstler eins waren.

Wir möchten uns zu den drei großen Nürnberger Künstlern Peter Vischer, Albrecht Dürer und Hans Sachs setzen können, die nach dem handwerksmäßig geübten Tagewerk die Dämmerstunden in den kleinen, zum Teil heute noch erhaltenen Wirtshäusern verplauderten, während die schweren Stadttore sich knarrend schlossen und die Wächter auf den Mauertürmen ihre Dellampfen anzündeten. Vielleicht stand in einem winzigen Hofraum schon der Karren mit den Zeltduben und Kostümen der Schaupielervände, die Hans Sachs herangebracht hatte und mit denen er in den umliegenden Orten seine Fastnachtsspiele aufführte. Oft durfte er sogar in den geheiligten Räumen eines Klosters oder einer Kirche spielen; ein Zeichen, daß der ehrbare Bürger, Komödiant und Poet mit dem moralisierenden Zeigefinger ein geachteter Mann war. Vielleicht brauchten auch die Pfaffen und Mönche nach reichlichem Mahl eine solche theatralische Erquickung. Aber Hans Sachs zog nicht mit seinem Karren und den 86 Fastnachtsspielern aus dem Stadtor, bevor er seinen Kunden die fertigen Stiefel abgeliefert hatte, denn er war und blieb sein Leben lang ein Schuhmacher. Die Poeterei und die Schauspielungen waren nur für müßige Stunden da, in denen der Handwerker heute Regel schiebt oder Etat spielt.

Obwohl Hans Sachs schon 350 Jahre tot ist, sind uns sein Gesicht und seine Gestalt noch ganz vertraut. Aus den Reimen und Schmähen bliden seine gutmütigen, schalkhaften Augen; das freimütigen Worte über die vielen Schäden der Kirche und das entartete Papsttum verraten eine freie, offene Stirn; der erste Mund kann mahnen und warnen, aber auch begeistert singen von der Wittenberg'schen Nachtigall, die man jetzt hört überall, von Luther.

Wir lieben Hans Sachs und in ihm eine romantische Zeit, die festgelegt war und die Lohnfladerei unserer Zeit noch nicht kannte. Aber wer hat etwas von seinen Dichtungen gelesen? Lieber achtaufend Legenden, Schwänke und dramatische Spiele hat Hans Sachs geschaffen, die zum Teil nach gewissen Regeln, im Sprachgebrauch seiner Zeit „Tabulatur“ genannt, gemacht sind. Wir greifen die eine oder andre Legende heraus, etwa „Sankt Peter mit der Geiß“ oder „Die ungleichen Kinder Ewas“ und betrachten sie, wie man eine alte Bühnenschrift an der Frauennische in Nürnberg betrachtet. Hans Sachs hat die rohen und

sprengt wurden, seien buchstäblich zu Tode gemartert worden. Er habe daher den Offizieren eingeschärft, daß der Iwede des Freisind zu vernichten. Später seien die scharfen Bestimmungen abgeändert worden. Bei dem Silber aus Verlaß habe er die Wirtshauszentrum bilde, gegen das scharfste Maßregeln ergriffen werden mußten.

Am Dienstag kommen die beiden Sachverständigen zu Wort, General von Uven, der seinerzeit die militärische Leitung der gegen München eingeschickten Regierungstruppen hatte, und sein Generalstabschef von Unruh.

Bibeldruck in Moskau.

Das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne“, wollte vor kurzem die Entdeckung gemacht haben, daß der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sich mit Bibelreklame befaßt, statt über Maßnahmen zur Vinderung des Elends der Massen nachzugrübeln. Der Bundesvorstand hätte nämlich von einem der „berühmtesten Kirchensozialisten“ das „Neue Testament“ bearbeiten lassen und vertreibt es jetzt im eignen Verlag an die freitragende Arbeiterschaft.

Die kommunistische Provinzpresse, auch die hiesige, war froh, wieder ein neues Fröhnen zu bekommen und lebte rund zwei Wochen von dieser „neuen sozialistischen Schande“. Nun schreibt der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner „neuen Sünde“:

Der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes war vor geraumer Zeit von dem auch in Arbeiterkreisen bekannten und angesehenen Verlag Philipp Reclam in Leipzig ein vierseitiger Prospekt zum Versand angeboten worden, in dem außer einer Gesamtangabe von 1001 Nacht und einer Reihe von Reklamewerken der Weltliteratur auch „das in die Sprache der Gegenwart überfetzte Neue Testament“ — alles Bücher, die in dem Verlag von Reclam erschienen sind — empfohlen wurde. Die Verlagsgesellschaft hat mit Rücksicht auf die erbetenen häufig verlangten Bücher zugestimmt, den Prospekt ihren Sendungen beilegen zu können, obwohl auf der letzten Seite auch das Neue Testament angezeigt wurde.

Der Verein der Freidenker hat gegen die Verwendung des Prospekts in einem Schreiben an den Bundesvorstand vom 4. Oktober protestiert, weil „der Vertrieb solcher Kompilte“ als volkschädliche „Verbreitung religiöser Schriften“ anzusehen sei. Tatsächlich sind von dieser Ausgabe des Neuen Testaments in den zehn Monaten, die seit Uebernahme des Prospekts verstrichen sind, im ganzen 8 Exemplare verkauft worden, und zwar meist an Reklaktionen.

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes war der Ansicht, daß das Neue Testament kein Kompilte ist und daß mit Rücksicht auf die stets vertretene religiöse Neutralität der Gewerkschaften der Vertrieb auch dieses Quellenwerkes der christlichen Religion nicht einfach verweigert werden konnte. Der Bundesvorstand hat dieser Auffassung zugestimmt und erklärt, daß er den Vertrieb nicht insbriehere könne. Dazu bestand, angesichts der geringen Nachfrage übrigens auch keine sachliche Veranlassung.

Der Verein der Freidenker hat dann geglaubt, dieser praktisch bedeutungslosen Angelegenheit mehrere Artikel in seinem Organ widmen zu müssen, in denen irrtümlicherweise der Ansicht erweckt wurde, als ob der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund eine rege Propaganda für das Neue Testament entfalte. In Anbetracht der großen Zahl von Prospekten, die der Verlag jährlich versendet, entbehrt diese Unterstellung jeglicher Begründung, ganz abgesehen davon, daß der Bundesvorstand von der Verwendung des Prospekts erst durch den erwähnten Brief Kenntnis bekam und mit dem Versand auch nicht das geringste zu tun hatte.

Schon in diesem Falle kann man sagen, daß mit Kanonen nach Spazern geschossen wurde. Die „Rote Fahne“ begnügte sich aber nicht damit. Sie fuhr schwereres Geschütz auf und behauptete in einem Artikel „Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund als Bibelfabrikant“ vom 15. Dezember ebenso dreist wie verlogen: „In dem offiziellen Buchverlag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist ... der zweite Teil der Bibel, das Neue Testament, bearbeitet und erklärt von dem „religiösen Sozialisten“ Kurt Stage, in einer Massenaufgabe gedruckt und verbreitet worden.“

An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Das Buch ist wie bereits gesagt, in dem Verlag von Reclam erschienen.

Daß sich die „Rote Fahne“ die Verbreitung dieses Märchens angelegen sein ließ, ist durchaus begreiflich. Sie hat dann in einer Reihe von Karikaturen mit Sprüchen, die von einer überraschend intimen Kenntnis des Neuen Testaments zeugen,

niedern Jahrmarktsspäße seiner Zeit verdrängt und Wertvolleres an ihre Stelle gesetzt, nicht Kunst im tiefsten Sinne des Wortes, aber etwas, das zum Volke sprach und es erheiterte und erhob. Als Widner einer Schauspielergruppe heißt Hans Sachs am Anfang der deutschen Theatergeschichte. Goethe wertete gegen die Leute, die Hans Sachs und seine poetische Sendung verachteten:

Im Proschpfluß all das Volk verbannt, das seinen Meister je verkannt!

Er selbst übernahm in seinem „Jaus“ den von Hans Sachs bevorzugten Knittelvers. Im Jahre 1810 führte er auch in Weimar ein Stück von Hans Sachs auf, das „Marrenschneiden“.

Auch heute noch wagt es alle paar Jahre einmal eine deutsche Bühne, zur Belebung des Spielplans ein Stück von Hans Sachs aufzuführen, meist in Holzschnitterart und harter Stilfierung inszeniert. Die meiste Freude an seinen Stücken hat die wandernde Jugend, die auf einer Waldwiese oder im Heimort Hans Sachs spielt. Wenn uns auch heute diese Stücke reichlich altmodisch und primitiv anmuten, so wollen wir doch des Dichters gedenken und seine große Bedeutung als Fundament unserer späteren Literaturentwicklung zu würdigen wissen.

Hans Heinrich Strätner.

Nachspiel zur Schillings-Affäre. In einem Schreiben an den preussischen Kultusminister Veder hat Max v. Schillings das Angebot abgelehnt, eine für ihn neu einzurichtende Meisterklasse für Musik an der Akademie der Künste zu übernehmen. Er begründet diesen Schritt damit, daß ihm ein Zusammenarbeiten mit den Neferenten im Ministerium unmöglich erscheine und er auch die Möglichkeit einer Annahme des Angebots nur solange anerkannt habe, als die Verhandlungen über eine Verjüngung der staatlichen und städtischen Oper in Berlin noch im Gange gewesen seien. Das Scheitern dieser Verhandlungen beweise ihm den Mangel an gutem Willen bei dem Ministerium, zu einer erfolgreichen Sicherung der Staatsoperbetriebe beizutragen. Er bitte deshalb, ihm seine vertraglich zustehenden Bezüge als Operntendant weiterzugeben, wie es der Minister bereits in seinem Schreiben vom 2. Januar in Aussicht gestellt habe. Diese Begründung ist bestechend merkwürdig, weil die gesamte Berliner Presse eine Verjüngung der beiden Opernintitute bekämpft und darin das Gegenteil eines künstlerischen und finanziellen Aufstiegs beider Unternehmungen erblickt. Erfreulich ist an dem Briefe des Herrn v. Schillings nur die Tatsache, daß damit wohl das Schlußwort zum „Schillings“ gesprochen sein dürfte.

basir gefordert, daß der Schindler bei ihren Beseren nicht in Vertiefen geriet, geirre ihrem Prinzip: „Doppelt so logen, hält besser.“

Bedauerlicherweise waren auch Redaktionen der sozialistischen Presse leichtgläubig und kritiklos genug, den Schindler für bare Münze zu nehmen, obwohl eine Anfrage sie mühelos über den wahren Sachverhalt hätte informieren können. Diese Methode ist nicht gerade ein erhebender Beweis für die Sachlichkeit mancher unserer parteigewässerten Zeitungen.

Einstweilen war dem Bundesvorstand die ungewöhnliche Kenntnis des Neuen Testaments, die die Redakteure und Zeichner der „Rote Fahne“ bei diesem Uügenfeldzug bezrieten. Woher kam diese bemerkenswerte Belesenheit? Ein Bericht der „Rostocker Zeitung“ aus Neuhort (13. Januar 1926, Morgenausgabe) brachte des Näheren Lösung: „Wie die amerikanische Bibelgesellschaft mitteilt, hat die Sowjetregierung, die seit den letzten 5 Jahren die Einfuhr von Bibeln bis auf wenige Ausnahmen nach Rußland verboten hatte, jetzt die Genehmigung für den Druck einer erheblichen Anzahl von Bibeln in den Regierungsdrukereien in Moskau und Leningrad erteilt.“ (Dieser Beschluß ist vielleicht in Zusammenhang mit andern „Konzeptionen“ an westeuropäische Kapitalisten.) Offenbar hat die Redaktion der „Rote Fahne“ für ihren Stab eine Reihe dieser Bibeln von ihren russischen Brüdern im Herrn bezogen und sich sofort mit diesem Text in die Rekläre begeben, daß sie die entlegentesten Sprüche mit theologischer Meisterhaft zitierten kann.

Diese Feststellung des Bundesvorstandes zeigt die Gewissenlosigkeit der kommunistischen Agitation. Mit beispielloser Frechheit wird von den deutschen Moskauern so trümpelnd gelogen, daß selbst Leute darauf hineinfallen, von denen man es kaum für möglich halten sollte. Und das ist der Zweck der Uebung.

Wir sehen mit einiger Spannung den Artikel der „Tribüne“ entgegen, die gegen die Moskauer Bibelfabrikation Stellung nehmen. Wir werden aber vergeblich warten können, denn wo Moskau lügend, schweigt des kleinen Sängers Höflichkeit.

Notizen.

Verflechtung des Wahlrechts in Thüringen? Aus der in den letzten Tagen von der Thüringer „Ordnungs“regierung dem Landtag vorgelegten neuen Gemeinde- und Kreisordnung erfahren wir, daß das Wahlalter vom 20. auf das 25. Lebensjahr heraufgesetzt werden soll. Das Bestätigungsrecht für die Gemeindebevorzugte und Abgeordnete soll wieder eingeführt werden. In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern soll der Bürgermeister den Vorsitz in dem Gemeinderat ohne Stimmrecht erhalten und durch Ortssekretär will man darüber hinaus sogar bestimmen, daß der Bürgermeister stimmfähig ist. Ferner soll die Amtsdauer der Gemeinde- und Stadträte von 3 auf 4 Jahre heraufgesetzt und das Aufsichtrecht der Regierung in unerhörter Weise erweitert werden.

Gegen den Abfindungsstun. Am Sonnabend fand in Mainz eine von 7000 Personen besuchte und vom Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten einberufene Protestversammlung gegen die Ansprüche der Fürstentümer statt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen die Forderungen der fürstlichen Nichtstuer entschieden protestiert und vom Reichstag die schnelle Verabschiedung eines Gesetzes zur reichsgesetzlichen Regelung der fürstlichen Ansprüche gefordert.

Geständnisse wegeklütert. Der verhaftete Sekretär des ungarnischen Notensälzers Windischgrätz wurde vor einigen Tagen in ein andres Gefängnis übergeführt, nachdem er ein vollständiges Geständnis abgelegt und die politischen Hintergründe der Fälschung aufgedeckt hatte. Er wurde deshalb in dem bisherigen Gefängnis entlassen und in die Donau werfen werde. Dieser Bearbeitung ist es auch zuzuschreiben, daß der Sekretär bei seinem letzten Verhör, die Angaben, die den Feldbischof Zadabec belasten, zurückgezogen hat.

Trauerfeier mit Prügel. Zur Trauerkundgebung des italienischen Parlaments für die verstorbene Mutter des Königs war auch ein großer Teil der Opposition erschienen. In den Wandlungen der Kammer wurden während dieser Sitzung zur Ventilation der Gruppe gehörende Abgeordnete der Popolari-Partei von faschistischen Abgeordneten überfallen und verprügelt. Sie beschloßen, sich in Zukunft nicht mehr in das „Parlament“ zu begeben. Die Faschisten beschloßen unter Mussolinis Anführung gleichzeitig, die Verprügelten nicht wieder in ihre Dekorationskammer hineinzu lassen, ehe sie (die Verprügelten) sich dafür entschuldigt hätten, daß die Faschisten durch ihr Erscheinen zum Prügeln gereizt worden seien. Das ist faschistische Logik.

Depeschen.

Urteil im Grans-Prozeß.

Hannover, 19. Januar. Das Schwurgericht in Hannover verurteilte den Sandler Grans wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu 12 Jahren Zuchthaus, 12 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Strafantrag im Münchner Mordprozeß.

München, 19. Januar. (Radio.) In dem Münchner Mordprozeß ließ der Staatsanwalt nach einer Rede die Anklage wegen Mordes fallen mit der Begründung, daß den Angeklagten die Ueberlegung zu ihrer Tat gefehlt habe. Er beantragte deshalb, die beiden Angeklagten wegen zwölffachen Verbrechens des Mordes freizusprechen, dagegen die von der Anklage des Mordes freizusprechen. Während die Umstände seien ihnen angehängt der Schwere des Verbrechens zu verjagen. Als Strafantrag beantragte er gegen Bölling wegen Erschießung in zwölf Fällen je 6 Jahre Zuchthaus, zusammen 10 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Strafe für Prüfert stellte er in das Ermessen des Gerichts.

Verhandlungen über die Besatzungsmächte.

Paris, 19. Januar. Die „Journal“ berichtet, hat der deutsche Botschafter von Goeth bereits vor 3 Tagen mit dem Generalsekretär im französischen Auswärtigen Amt, Berthelot, über die Frage der Gerabekung des Besatzungsheeres in der zweiten und dritten Zone verhandelt. Der Kriegsminister und der Ministerpräsident Briand hätten dazu noch nicht Stellung nehmen können, da Briand zu sehr mit den Problemen der inneren Politik beschäftigt sei. Nach dem „Petit Parisien“ ist es jedoch wahrscheinlich, daß Briand den deutschen Botschafter heute oder morgen in dieser Angelegenheit empfangen werde.

Brüssel, 19. Januar. Nach dem „Ringelme“ hat Vanderhelde auf die Vorstellungen des deutschen Gesandten wegen der Gerabekung der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Zone geantwortet, daß dieser Schritt Belgien nicht berühre, da die belgische Besatzung auf die kleinste itatgebige Einheit, nämlich eine Infanteriedivision, verringert worden sei.

Strafvertrag angenommen.

Bagdad, 18. Januar. Das Unterhaus des Irak billigte den neuen Vertrag mit England. Es stimmten 88 Mitglieder dafür, 20 Mitglieder der Nationalpartei verließen zum Protest gegen die Durchsichtigung des Vertrags die Kammer vor der Abstimmung.

Güte den Karneval

Ball und Gesellschaft

Tanz-Kleid
aus gutem Colletten
mit eingekrausstem Rock **12⁵⁰** M.

Crêpe de Chine-Kleid
mit reicher Ausschlei
in allen modernen Farben **29⁷⁵** M.

Taffet-Kleid
in Stilform,
mit Rüschengarnierung **39⁵⁰** M.

Abend-Kleid
la Chêne de Chine, reich mit Silber-
spitze garniert **47⁰⁰** M.

Soweit Vorrat!



- Tarlatan mit Silberfäden, in allen Farben . . . Meter **30** J
- Tarlatan glatt, 80 cm breit Meter **48** J
- Sendelstoffe gold, Silber und farbig Meter **90** J
- Trikotie gold und Silber Meter **1.10**
- Karnevalstoff römische Streifen Meter **1.65**
- Pfauenfedern Stück **15** J
- Fasanenfedern in verschiedenen Sängen Stück **60** J
- Kopfbedeckungen aus Filzstuch 1.45 1.25 95 **65** J
- Pierrot-Rüschen voll verarbeitet, in allen Farben **1.90**
- Gold- und Silberspitze Meter **42** J
- Glitzerborten gold und Silber Meter **10** J
- Gold- und Silberschnur Mtr. **49 30 25 15** J
- Lahnband Stück von 10 Meter Nr. 4-2 Stück **65 55 45 39 30** J

- Glatte Flitter, Brief **12** J
- Miederhaken Paar **18** J
- Münzen Duzend 10 **8** J
- Glocken Stück **12** J
- Schellen Duzend 15 **12** J

Damenmasken
in verschiedenen Farben
ohne Bezug **45** J mit Bezug **68** J
95 65 55 45 J 1.45 95 68 J

Herrenmasken
in verschiedenen Farben
ohne Bezug **55** J mit Bezug **75** J
1.10 95 55 J 1.75 95 75 J

- Münzen-Halsketten Stück 95 **75 35** J
- Münzen-Armbänder Stück **25** J
- Diademe Stück 1.45 **85 48** J
- Ohringe Paar 00 **45 28 17** J
- Miederverschnürung Garnitur **1.15**

Dam.-Strümpfe Baumwolle, mit doppelten Spitzen und Herjen, in mod. Farben Paar **78** J

Dam.-Strümpfe prima Wase, mit doppelten Spitzen und Herjen, in großer Farbauswahl Paar **135** J

Dam.-Strümpfe a. Seidenkor, mit doppelten Spitzen und Herjen, in vielen Farben Paar **225** J

Soweit Vorrat!



Satins in großem Farbensortiment Meter **1.45** M.

Kunstseide hochglänzend, für Masken- Kostüme, in leuchtenden Farben Mtr. **1.75**

Maskensamt farbig Mtr. **1.90** M., schwarz Mtr. **1.90** M.

Maskenatlas ca. 80 cm breit, in allen Karnevalsfarben Meter **2.40**

Anfertigung von Masken-Kostümen innerhalb 24 Stunden in eigenem Atelier.

Schenswerte Ausstellungen in unserm Schaufenster am Breiten Weg.

Bauerntücher in großer Auswahl von **1.95** Mk. an

Lange & Münzer Breiter Weg 51/52

TIVOLI
Magdeburg-Friedrichstadt
Jeden Sonntag gr. Gesellschaftsball
Doppelorchester
Jeden Mittwoch Kränzchen.

Hohenzollern-Park.
Heute Mittwoch nachmittag 4 Uhr im querspieligen Saal:
Balalaika-Kaffee-Konzert
mit Einlagen der glänzenden russischen Soli- u. Kammer-Ensembles - 21 Künstler. Dieses Balalaika-Orchester mit seiner jährlichen Darbietungen nicht einzig da. - Eintritt 30 Pf.
Heute abend **Gesellschafts-Tanz**
8 Uhr:
unter Leitung des gelehrten **Balalaika-Jazz-Tanzorchesters.**
Eintritt 1 u. 2, Donnerstag 50 Pf. einzgl. Tanz, Reserviert in der Sphären-Gebäude von Wilsdor, Schöneberg 2, und 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Schomburgk - Ausstellung!
II. a.
Schomburgk's Jauj - Peter - Annabier
„Nordflug“
der 2000 Jahre alte Festspielstein
„Wiaue“
beendet sich in letztem Augenblicke.
Verkaufung Volksstimme Nr. 1.
Die Karten werden heute in Höhe von 100 Pf. zu beschaffen.

Konzerthaus
Mittwoch und Donnerstag
Die beliebten Kaffeekonzerte
?? Einlage ??
Auftreten erster Künstler
Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Walhalla-Lichtspiele
Mittwoch letzter Tag!
Hans Schomburgk
spricht persönlich zu seinem Film
Wenig und Tier im Urwald!
Morgens:
Der lustige Zeil.
- Spielzeit: 4 1/2 Uhr. -

ZENTRAL
Heute 7 1/2 Uhr:
Das Weib im Purpur!
Katharina II., die große Zarin
mit Orest Sarday von Carl-Theater Wien
aus Karinska und Dolinoff
aus Casino de Paris als Gäste.
Sonntags 2 Vorstellungen
11 Uhr (letztes Freize) und 7 1/2 Uhr.
Ebenbürtiger Vortragsverein!

Wilhelmspark.
Heute 11
Ball u. Zorbierfest.
Sonntags. Sonntag, 21. Januar
abends 8 Uhr
Großer Maskenball
bei S. R. R. Park. 157

Günstiges Angebot!
Speisezimmer
echte
Brotzeit 50 Pf.
Kaffee 75 Pf.
Tisch 75 Pf.
Bier 80 Pf.
Zusammen 450 Pf.
1 Klubsala 120 Pf.
1 Stundlohn 75 Pf.
Gustav Jentzsch
Breiter Weg 150.

Waschen-Garderobe
billig zu verkaufen; von 3 Mtr. an. Komme auch nach auswärts.
Satobstr. 29
Gastst. Tränkeberg.
Zeitlich-irrenempfi. für Buchbdlg. Volksstimme

Gasthaus
Anhaltiner Hof
Braunschweigstraße 3
- Tel. 1891 -
Diverse Vereinszimmer
bis 150 Personen
Walter Grunow.

Stadttheater
Mittwoch, 20. Januar
Anf. 7 1/2, 8 gen. 11 Uhr
4. Abend
Die Fledermaus
Lehrstück von F. Sittanz
Donnerstag, 21. Januar
Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr
5. Abend
Faisstafel
Wilhelm-Theater
Offene Vorstellung
Sonntag, 21. Januar
abends 8 Uhr
Imgarten der Liebe
Eduard v. S. Sturm
Freitag, 20. Januar
Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr
Anf. 8

Wilhelm Busch's
sämtliche Werke
auch in einzelnen Ausgaben
empfehlen
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Müngstraße 3.

Storch UT Storch
Heute nur bis Donnerstag:
Der Fechter von Ravenna
Großes abenteuerliches Drama aus der Welt des Zirkus und Varietés.
Sensationen von höchster Spannung.
Der falsche Arzt
Fadendes Kriminaldrama
Ein Kampf zwischen Pflicht und Liebe.
Dazu auf der Bühne:
Fred Carta
Der phänomenale equilibristische
Balance-Akt.

ST duokau ST
Als ihre Ehre zerbrach..
Der herrliche, ergreifende
Sitten- und Liebesroman
Der Mann im Hintergrund
Hochsensationaler,
fesselnder Detektiv-Schlager
„ER“ sagt wahr
(Harald Lloyd)
Eine Viertelstunde toller Heiterkeit.

Relief von der Ulrichskirche.

Erst kürzlich hatten wir darauf hingewiesen, daß an den alten Magdeburger Kirchen und in ihrer nächsten Umgebung manches Werk der Bildhauerkunst zu sehen sei, das verdient, besser beachtet zu werden, als dies meist der Fall ist. Man läßt sich durch die Verwitterung dieser Grabreliefs von ihrer nähern Betrachtung abschrecken; und doch zeugen sie, selbst in ihrem beschädigten Zustand, für die künstlerische Sicherheit und das gediegene Können der alten Handwerksmeister.

Was unsere Stadtkirchen: St. Johannis, St. Ulrich, St. Katharinen und St. Jakob an plastischem Schmuck enthalten, gehört meist dem 17. und 18. Jahrhundert an: zwei Kostümfiguren, von einer Patrizierfrau und einem Kinde, ziemlich hoch zu beiden Seiten des Hauptportals der Ulrichskirche angebracht, verdienen besondere Erwähnung (seiber sind sie wegen stark vorgeschrittener Verwitterung und ungünstiger Aufstellung für den Photographen kaum zu erreichen). Für die Denkmäler aus gotischer Zeit, also zwischen dem 13. und beginnenden 16. Jahrhundert, kommt außer dem Innern und den Portalen des Domes und dem Domkreuzgang kaum mehr etwas in Frage: nur an dem ehemaligen Zeughaus, der Stadt in der Ecke des Domplatzes, das noch früher einmal ein Kloster gewesen ist, erblickt man in einer Nische die lebensgroße Gestalt des Apostels Paulus, und im Kreuzgang des Klosters Unser Lieben Frauen in einer Wandnische eine kleine Madonnengruppe. Das alles ist besonders schwer beschädigt, denn es war den Wilderern der Reformationszeit ausgekehrt, die — was die Herren Pastoren nicht gern eingestehen — mit einem wahrhaft bestialischen Vandalismus über die Kunstwerke des Mittelalters herfielen. Der Eifer für das „teure Evangelium“ hat offenbar die niedrigsten Instinkte im Höhl mit entfesselt, und Martin Luther, der „Gottesmann“, wußte sie nicht zu zügeln.

So befanden sich an den Chören der Johannis-, Ulrichs- und Jakobikirche in katholischer Zeit Reliefplatten mit Darstellungen der Kreuzigung Christi. An St. Johannis ist sie so gut wie ganz zerstört, alle Figuren verstümmelt. Auch die an der Jakobikirche hat stark gelitten: ganze Glieder sind abgeschlagen worden. Keiner in der Komposition und in allen Teilen noch deutlich erkennbar, wenn auch in Einzelzügen der Gesichter zerbrochen, ist die Kreuzigung am Chore der Ulrichskirche, der neuen Landredaktion gegenüber.

Der Künstler konnte hier unmöglich nach den Gesetzen der wissenschaftlichen Perspektive verfahren, sonst hätte er in dem flachen Relief auf so kleinem Raume nicht eine ganze Volkshinter den vordern Figuren stehenden einfach hochgestaffelt. Was er damit bezweckte, hat er vollkommen erreicht: den Eindruck großen Gedränges schaulustiger hervorzurufen. Er ist wie ein guter Regisseur, der mit wenigen Statisten eine ganze Volksversammlung oder ein Heer vortäuscht.

Der Steinmetz, der im 15. Jahrhundert — man erkennt deutlich das Kostüm dieser Zeit an dem römischen Hauptmann und seinem Begleiter von rechts, die in Wahrheit gute Magdeburger Patrizier sind — diese Tafel hergestellt hat, die in die Kirchenwand eingemauert worden ist, ist gewiß kein gottbegnadeter Künstler gewesen: Gesichter und Gebärden der Figuren sind recht grob und ungeschliffen, und der nackte Leib des Kreuzigten ist kein anatomisches Meisterstück. Das ist alles durchaus handwerklich und provinziell. Aber die Aufgabe, so viele und so verschiedenartig bewegte Figuren auf so kleinem Raume zusammenzubringen, hat er doch — kraft der überragenden Macht der Bauhütte und ihrer Ueberlieferung — überraschend gut gelöst. Wie unter den ausgestanzten Armen des Kreuzigten nicht allein die aufwärts flatternden Engel, die in Reichen das feinen Wunden entströmende Blut auffangen, sondern auch noch die über die Kreuzarme gehängten Schwächer, die Juden zur Linken, kenntlich an den karierten Gesichtern und der spitzen Mütze, die der mittelalterlichen Kleiderordnung entsprach, Maria zwischen Johannes und Magdalena und die Römer zur Rechten, dazu ein dritter Engel, der das Blut unter Christi Füßen empfängt — wie das alles wie unter einem mächtigen Dache geborgen ist, und schließlich noch Platz bleibt für die Köpfe von Sonne und Mond, und die Halbfiguren von Engel und Teufel, die aus den aufwärts gebogenen Mündern des reuigen und des unbußfertigen Schwächers die entweichenden Seelen abfangen wollen, zweifellos eine ganz vortreffliche plastische Leistung!

Man darf nur nicht besonders erschütternden Ausdruck oder Tiefinn verlangen, sondern muß sich an das rein Handwerkliche halten: an die gleichmäßige Gliederung und Belebung der Fläche. Es kam darauf an, die großen, monotonen Wände des Kirchenchores zu unterbrechen. Das ist mit diesem Kreuzigungsrelief, das selbst noch auf größere Enfernung klar und deutlich, fast plakatmäßig wirkt, ausgezeichnet gelungen.



menge unterbringen können. Er hat also — was bis auf die Renaissancezeit die Regel ist — der Demütlichkeit und Ueberlichtlichkeit zuliebe den Hintergrund jezusagen hochgeklappt und die

des Kirchenchores zu unterbrechen. Das ist mit diesem Kreuzigungsrelief, das selbst noch auf größere Enfernung klar und deutlich, fast plakatmäßig wirkt, ausgezeichnet gelungen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Januar 1925.

Das Landegard-Heim.

Vom Verein Landegard wird uns geschrieben: Mit Hilfe des fünften Wohlfahrtsverbandes, der die gesamte freie Wohlfahrt umfaßt, ist es dem Verein Landegard möglich gewesen, auf seinem von der Stadt gepachteten Fort an der Harzborger Straße ein Gebäude zu errichten, in dem am 1. April das Kinderheim und die landwirtschaftliche Garten- und Haushaltungsschule Landegard untergebracht werden sollen. Trotz der großen Schwierigkeiten, die zumeist in der Beschaffung eines größeren Baucredits, für den die Bürgerschaft der Stadt verlangt wurde, bestanden, ist der Bau ungeachtet der zeitweiligen Ungunst des Wetters während der Wintermonate fortgeführt worden. Jetzt ist das zukünftige Landegardheim bereits im Rohbau fertig. Im Innern wird noch fleißig gearbeitet, damit das Heim am 1. April bezogen werden kann. Es waren ungeschulte Schwierigkeiten zu überwinden. Zunächst mußte die Decke der alten Kasematte gesprengt werden, damit ein Treppenhause die Verbindung zwischen dem alten Gebäude, das die zukünftigen Wirtschaftsräume abgibt und einen festen Unterbau darstellt, und dem Neubau schaffen kann.

Freilich hat bis jetzt nur ein Drittel von dem endgültig geplanten Bau ausgeführt werden können. Die 20 000 Mark, die die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsvereinigungen unter günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt hat, reichten nur dazu aus, zunächst einmal den Mittelbau zu schaffen. Später sollen an diesen die beiden Seitenflügel angebaut werden. Allerdings sind von dem Heim noch eine Zentralheizung mit Warmwasser-Verzweigung, eine elektrische Lichtanlage und Treibhäuser für den Gärtnerbetrieb geschaffen worden, so daß das Heim auch in dieser verkleinerten Form ab 1. April benutzt werden kann.

Es wird zunächst zehn heimatlosen Kindern, die das städtische Wohlfahrtsamt zuweist, eine Heimstätte bieten können, außerdem wird ein Teil der Schülerinnen der landwirtschaftlichen Garten- und Haushaltungsschule (etwa 8) im Heim Aufnahme finden. Die übrigen Schülerinnen müssen wie bisher das Heim verlassen und können sich nur tagsüber auf dem Fort aufhalten. Küper den Kindern und Schülerinnen werden noch 2 oder 3 Lehrerinnen im Heim untergebracht werden können. Der ganze Mittelbau umfaßt bis jetzt vier große und vier kleine Räume. Sobald die Seitenflügel angebaut sind, werden etwa 45 Personen darin bequeme Unterkunft finden. Geleitet wird das Heim ab 1. April von einer Quälerin, die sich der Kinder annimmt. Was die innere Ausstattung des Heimes anbelangt, so fehlt noch manches. Im Kinderheim sind vorläufig erst 3 Stühle vorhanden und Möbel fehlen uns zum Teil auch noch. Wir

hoffen, daß Freunde und Gönner auch hierbei helfen werden und wenden uns mit der Bitte an alle unsern Werke wohlgeleiteten Magdeburger: „Schenk oder verkauf uns brauchbare und gut erhaltene Kinderbetten, die wir von den verschiedensten Größen brauchen können.“ Alle Gaben erbitten wir an unsere Geschäftsstelle, Neue Ulrichstraße 2, Zimmer 10, oder direkt aufs Fort hinaus.

Die Zusatzrente.

Man schreibt uns: An voll im Erwerbsleben stehende Rentnemmpfänger wird nach dem Reichsversorgungsgesetz Zusatzrente nicht gewährt. Für Beschädigte ist weiter Voraussetzung, daß die Minderung des Einkommens durch die erlittene Kriegsbeschädigung begründet ist. Infolgedessen bleibt Erwerbslosen und Kurzarbeitern die Zusatzrente gemäß § 90 Abs. 4 des Reichsversorgungsgesetzes in der Regel verweigert. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich wiederholt für die Zahlung der Zusatzrente an alle Versorgungsberechtigten eingesetzt, deren Einkommen, die, geistlich vorgeführte Minderhöhe nicht überschreitet. Auch der Reichsarbeitsminister hat sich jetzt unter dem Druck der außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bereit erklärt, ab 1. Januar 1926 die halbe Zusatzrente an Erwerbslose und Kurzarbeiter zu zahlen, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Bisher war der Bezug der Zusatzrente für die im Erwerbsleben stehenden Kriegsverwundeten, deren Einkommen lediglich der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse wegen gemindert war und unter den Einkommensgrenzen blieb, ausgeschlossen. Wenn nun die halbe Zusatzrente und das sonstige Einkommen (Erwerbslosenunterstützung usw.) den Betrag der vollen Zusatzrente nicht erreichen sollte, ist zu der halben Zusatzrente noch der Unterschiedsbetrag zwischen diesen Beträgen zu zahlen. Den Versorgungsberechtigten ist in jedem Fall der Gesamtbetrag der Rente und vollen Zusatzrente gesichert. Bei geringer Ueberziehung der für die Gewährung der halben Zusatzrente in Frage stehenden Einkommensgrenze ist statt der halben Zusatzrente der Härtenausgleich zu gewähren. Nur vorübergehend oder kurze, von vornherein zeitlich begrenzte Dauer der Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit begründet nicht den Anspruch auf Zusatzrente. Auf keinen Fall soll durch ihre Gewährung das bisherige Arbeitseinkommen bei voller Erwerbstätigkeit erreicht werden.

Ohne Rücksicht auf das erzielte Einkommen bleiben deshalb die bisherigen Bestimmungen für voll in ihren Berufen tätige Versorgungsberechtigte bestehen. Anträge auf Gewährung der Zusatzrente werden von versorgungsberechtigten Kurzarbeitern und Erwerbslosen durch die zuständige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten an die für den Wohnort zuständige Fürsorgestelle (Bezirksfürsorgeamt) getichtet.

Auswirkungen des Besoldungsperrgesetzes

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: In der letzten Stadtverordneten-Sitzung mußte ein sehr trauriges Kapitel behandelt werden. Die Regierung als Aufsichtsinstitut hatte Einspruch erhoben gegen die Höherstellung einer Anzahl städtischer Beamter. Dieses Unrecht läßt sich durch nichts rechtfertigen, wenigstens soweit die untern Gruppen in Frage kommen.

Das Besoldungsperrgesetz bietet der Regierung die Handhabe, der Stadt das Bestimmungsrecht über die Besoldung ihrer Beamten zu nehmen. Die Grundzüge, durch ein einseitiges Besoldungssystem für alle Beamten die Wirtschaftlichkeit zu mildern, sind keine Gefahr, wenn sie damit verhütet werden. Die Voraussetzungen für die Beamtenlaufbahnen sind jedoch nur „ähnliche“. Wirkt sich das Aufsichtsratsrecht aber auch dahin aus, daß jedes Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeit ausgeschaltet wird, dann wird das Gesetz eine Gefahr. Die Befreiung dieser Gefahr muß unter allen Umständen gefordert werden. Insbesondere die Organisationen der Kommunalbeamten wollen die Aufhebung dieses Gesetzes. Die Bundestagungen der Beamten-Spitzenorganisationen unterstützen diese Forderung.

Ein trauriger Beweis für die „Gefährlichkeit“ lag also vor. Es bleibt nur zu bedauern, daß die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung nicht den Augenblick erkannte und den städtischen Beamten zur Seite sprang. Die Anträge lagen vor, ausgerechnet den Vorkämpfern blieb es vorbehalten, der Versammlung die Räte zu legen. Er beantragte, daß die gestellten Anträge dem Besoldungsausschuß überwiesen werden. Es fand sich leider eine Mehrheit.

Um was handelt es sich? Eine ganz planmäßige Gehaltsaufhebung wird beschlossen. Man bedenke: das Anfangsgehalt der Gruppe 2 der Reichsbesoldungsordnung beträgt monatlich 82 Mark, das der Gruppe 3 90 Mark. Die Endgehälter dieser beiden Gruppen haben einen Unterschied von 10 Mark: 119 50 gegen 129 50 Mark. Im Mittel handelt es sich also um die kolossale Aufbesserung von 9 Mark! Diese geringe Summe wird von der Regierung beantragt. Ist das fürsorge? Der Unterschied der Gruppe 3 zu 4 beträgt im Anfangsgehalt 18 50 Mark, im Endgehalt 18 Mark, im Durchschnitt also 16 75 Mark monatlich. Das sind aber nicht die Werte der Friedensgehälter. Den Realwert auf die Bezüge von 1918 errechnet z. B. der Deutsche Beamtenbund für die Gruppe 3 nach dem Index vom Februar 1925 mit 67 Goldmark, 100 Rentenmark haben also eine Kaufkraft von zwei Dritteln des Friedenswertes: 66 Mark. Hierunter fallen aber alle Besoldungsgruppen. Zu diesen Einkommen treten natürlich noch das Wohnungsgeld und die Familienzuschläge.

Wie man sich geringe Verbesserungen beanstanden kann, besteht für uns nicht. Es mag verständlich sein, wenn ein um 15 Jahre älterer Regierungsrat sich noch in Gruppe 10 befindet, während er als Stadtrat sich vielleicht in Gruppe 13 befindet, aber die Gruppen 1 bis 6 haben doch wirklich diese Zustände nicht. Wenn die Gemeindeförderung nicht noch gänzlich unter den Schichten kommen wollen, wird es höchste Zeit, daß sie wirkungsvoll durch den Städtebau und seine Fortschritte demonstrieren. Zunächst steht die Aufgabe fest, die „beamtenrechtlichen“ Rechte der einseitig in die Reihen der Sozialdemokraten und Demokraten in den Besoldungsausgleich hineingeführt. 152 Beamte als Leidtragende stehen dabei.

Der Antrag der Sozialdemokraten forderte vom Magistrat, daß unter allen Umständen für die Gruppen 2 bis 6 die Aufhebung der Sperrung bei der Regierung beantragt wird. Es gilt Unrecht wieder gutzumachen.

Angestellte und Krankenkassen.

In den nächsten Tagen ist eine siebenente Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu erwarten. Durch diese Verordnung sollen die Angestellten, die zwar nicht mehr versicherungspflichtig sind, dagegen der Angestelltenversicherung noch unterliegen, in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Der Beitragsbeitrag für diese Angestellten soll den Krankenkassen übertragen werden.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die betreffenden Angestellten nicht Mitglieder der Krankenkassen sind. Sie müssen also den Klassen vom Arbeitgeber besonders gemeldet werden. Ueber den Inhalt der Meldungen wird die Verordnung das Nähere vorschreiben. Daneben sollen aber auch die Krankenkassen berechtigt sein, ihrerseits noch andere Angaben von den Arbeitgebern zu fordern. Die Beiträge werden für die betreffenden Angestellten nach einem Einheitsgrundlohn bemessen, der auf 25 Mark im Monat festgesetzt wird. Die Beiträge sind getrennt von den übrigen an die Krankenkassen abzuführenden Beiträgen vom Arbeitgeber zu übernehmen und von der Klasse auch getrennt zu verbuchen. Soweit der Arbeitgeber die Beiträge gemeinsam abführt, hat er genaue Angaben über die Verteilung zu machen. Die Beitragspflicht soll mit dem 1. Februar dieses Jahres beginnen.

Der Reichsarbeitsminister ist darauf Bedacht genommen worden, daß ganze Verordnungen ohne Schwierigkeiten für die Klassen zu gestalten. Bemerkenswert ist noch, daß die Beiträge von den Klassen eingehoben werden sollen, denen die Angestellten angehören würde, wenn er versicherungspflichtig wäre. Erstattungen kommen also nicht in Betracht. Ueber eine besondere einmalige Einrichtungsbeitrag für diese Mehrarbeit soll im März oder April verhandelt werden, sobald die Klassen eine Uebersicht darüber haben, in welchem Umfang ihnen aus den neuen Aufgaben Belastungen des Verwaltungsbezirks erwachsen.

Die weiße Gefahr.

Unanfechtlich sind die winzigen Sterne aus dem grauen Gewölbe. Ohne Unterlaß, Tag und Nacht. Ueber das ganze Land hat sich eine schwere, weiße Decke gebreitet. Dichter und Kinder jäheln über dieses weiße Märchen, andern Menschen bereitet es dagegen Sorgen. Da ist zuerst die Stadtverwaltung. In den Straßen mühen sich Menschen, Tiere und Kraftwagen, um durch den Schnee zu kommen, der hier jähmähig liegt und jede Bewegung zu hindern sucht. Autoschlösser sind am Werke um die graue Masse zu befeuchten. Soweit menschliche Arbeit dabei notwendig ist, wird sie von Erwerbslosen verrichtet. Es sind etwa 200 Erwerbslose gegen tarifmäßigen Lohn dabei beschäftigt.

Heute vormittag ist auch der neue städtische Schneebflug in Tätigkeit gesetzt worden. Ein mächtiges Fahrzeug, von einem starken Motor getrieben, saugt und stampft durch die Straßen, jährt und legt den Schnee zur Seite. In den Straßenrändern türmen sich dann weiße und graue Gebirgsbänke aus Schnee.

Noch andre Sorgen hat der neue Schneefall gebracht. Verkehrsstörungen im Eisenbahnbetrieb sind durch den Schnee noch nicht entstanden. Soweit Verspätungen von Zügen vorkommen, gehen sie über das übliche Maß hinaus. Die Reichseisenbahndirektion hat besondere Maßnahmen für etwaige Störungen des Verkehrs vorgezogen. Es gibt hierzu eine besondere Dienstweisung, nach der auf jedem Bahnhof Schneewachen vorhanden sind. Auf Bahnhöfen, die mit elektrischen Stellwerken versehen sind, wurden die Schneewachen, da diese Stellwerke besonders empfindlich sind, verstärkt. Auf der Straße sind die Bahnenarbeiter zu Beobachtungen verpflichtet. Doch sind von den Schneefällen an sich Störungen kaum zu befürchten. Erst dann, wenn Schneehaufen eintraten und die für diese Zwecke an den Straßen eingerichteten Schneeräume nicht ausreichend sind, kann mit Störungen gerechnet werden. In ihrer Beseitigung sind auf allen Lokomotivstationen Schneefräse bereitgestellt, die bei Schneehaufen sofort in Tätigkeit treten.

Die Temperatur steht zwar noch unter dem Gefrierpunkt, der Schnee wird also zunächst noch liegenbleiben, aber bei großer Dauer wird diese Ruhe nicht sein. Wenn aber schnelle Temperaturerhöhung eintritt, muß mit einem Schneeschmelzen gerechnet werden, das über das letzte erheblich hinausgeht. Aus den Gebirgen wird neuer Schneefall gemeldet. Im Schwarzwald hat sich zum Beispiel die Schneedecke innerhalb 48 Stunden um mehr als 1 Meter erhöht. Im Stromgebiet der Elbe sind die Verhältnisse nicht viel günstiger.

Mit den güterden Störungen, die jetzt aus dem Himmelsgewölbe fallen, finden auch Sorgen und Gefahren auf der Erde. Ganz Tages, dann jagen die Wellen wieder über das Land, heben die Schiffe und ihre Besatzung.

Deutschlands künftige Stellung im Völkerleben.

Ueber dieses Thema sprach in der Hauptversammlung der Ortsgruppe Magdeburg der Deutsche Friedensgesellschaft deren Generalsekretär Herr Bernhard Seger (Berlin). Er behandelte die europäische Lage, die uns nach dem Abschluß der Locarno-Verträge und nach dem Reichstag beschlossenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu sehen sind. Die in Artikel 5 des Rheinvertrages angeführte Garantie der Verträge durch die Mächte erklärte der Redner dahin, daß sie viel mehr eine Garantie der Völker als der Regierungen sein müßte. Inwiefern diese in allen Ländern Regierungen geben, die Abreden wieder bereit seien, die Verträge zu brechen und zum Kriege zu führen; zu einem Kriege könne es aber nur kommen, wenn die Völker den friedensrechtlichen Verpflichtungen Folge leisteten. Deshalb sei die einzig wirkungsvolle Garantie der Locarno-Verträge und des Völkerbundes die gegenseitige und ehrliche Kriegsvermeidung der Völker. Da der Frage der durch den Versailler Vertrag gegebenen Garantie, besonders der im Osten, dürfte in Zukunft nicht die nötige Energie auf die Lehren der Grenzen gewandt werden, sondern vielmehr auf die Befestigung der Grenzen über-

haupt. Heute empfinden wir die Grenzen als ungerecht und drückend; würden sie in unserem Sinne geändert, so würde die Gegenseite als ungerecht empfinden und dagegen ankämpfen. Daher bedeuete alle politische Arbeit, die auf die Wenderung bestehender Grenzen gerichtet sei, nur die Erzeugung neuen Streites. Alle politische Kraft müsse vielmehr auf die Herabminderung der jetzigen Bedeutung der Grenzen, schließlich auf ihre Beseitigung konzentriert werden. Europa befände sich heute in dem gleichen Zustand der Verfallens, wie Deutschland vor der Schaffung des allgemeinen deutschen Zollvereins, die der politischen Einigung vorausging.

Schließlich behandelte Genosse Seger noch die Frage der Reichswehr, deren Notwendigkeit doch sehr zweifelhaft sei: Als ernsthaftes Verteidigungsmittel komme sie nach Umfang und Ausrichtung nicht in Frage, und innerpolitisch sei sie die dauernde Gefahr für die Republik. Sie ist aufgebaut, als solle sie nur den Kern eines geplanten größeren Heeres darstellen. Der Etat beweist, daß es nur 88 000 gemeine Soldaten gibt; auf jeden Gemeinen kommt ein Gefreiter oder Obergefreiter; auf je zwei Gemeine und Gefreite ein Unteroffizier, auf 16 Mann schon ein etatmäßiger Feldwebel. Daraus ergäbe sich auch die ungeheure Summe, die uns die Reichswehr koste; allein für die Verhörmänner der Kavallerie (1) wurde im vergangenen Jahre viermal so viel Geld ausgegeben, wie im Etat vorgesehen für die Bekämpfung der Lungenüberflusse ausgeworfen sind. Im Zusammenhang mit der internationalen Abrüstung müsse man daher aus reuubilitarischen, militärischen und kulturellen Gründen für die Abschaffung der schädlichen, überflüssigen und ungeheuer kostspieligen Reichswehr und Reichsmarine eintreten.

Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Der Jahresbericht gab ein erfreuliches Bild von der Aufwärtsentwicklung der Friedensbewegung. Bei der Vorstandswahl wurden zwei neue Mitglieder in den Vorstand hinzugewählt.

Sozialdemokratische Partei.

- Bezirk Neue Neustadt u. Berliner Straße. Heute Dienstag abend 8 Uhr Funktionärsversammlung an den bekannten Stellen.
- Bezirk Sudenburg. Heute Dienstag abend 8 Uhr Frauenversammlung an den bekannten Stellen.
- Bezirk Sudau. Heute Dienstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Wahlbildervortrag im „Admiralpalast“.
- Bezirk Friedrichstadt. Am Mittwoch 9 Uhr Sitzung im Parteibüreau.
- Bezirk Süd. Am Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Wahlbildervortrag im „Admiralpalast“.
- Bezirk Mitte Neustadt. Am Donnerstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Wahlbildervortrag im „Admiralpalast“.
- Bezirk Wilhelmshagen. Am Donnerstag abend 8 Uhr Funktionärsversammlung im „Admiralpalast“.
- In allen Versammlungen hält Schulleiter Paul Baum einen Wahlbildervortrag über „Das Arbeiterbild in der bürgerlichen Gesellschaft“.

Rundgebung für die Freizeit der Jugend. Unter Führung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände laden 80 Reichsorganisationen der Wohlfahrts- und Jugendpflege zu einer Rundgebung für die geistliche Heilung eines ausreichenden Urlaubes und einer wöchentlichen Beschäftigungszeit von 48 Stunden für die erwerbstätige Jugend unter 18 Jahren ein. Die Rundgebung soll am 4. Februar d. J. abends 7 Uhr in Berlin im Sitzungssaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats stattfinden. Unter den Einberufenen befindet sich die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege, das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Vereinigung deutscher Kommunal-, Schul- und Fürsorgeämter, der Verband für deutsche Jugendherbergen u. a. Einladungen sind durch die Geschäftsstelle des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände in Berlin NW, Rolfsstraße 7, zu erhalten.

Verein der Friedensfürer für Feuerbestattung. Der Bezirk Friedrichstadt hält am Freitag den 22. Januar, abends 8 Uhr, im „Grafenmanns Garten“ eine Bezirksversammlung ab. Die Mitglieder werden hierauf aufmerksam gemacht. Die Bezirksleitung muß gewählt werden.

Versammlung für Rundfunkinteressenten. Der Funktionärsverein E. S. Magdeburg ladet alle am Rundfunk interessierten Kreise zu einer großen öffentlichen Versammlung am Freitag abend 8 1/2 Uhr in der „Freundschaft“, Bräutertstraße, ein. Durch einen Vortrag seines Geschäftsführers, Betriebsingenieur E. H. H. wird er über den augenblicklichen Stand der Rundfunkangelegenheiten Bericht erstatten.

Wichtige Kleinhandelspreise. Der „Statistischen Korrespondenz“, dem amtlichen Publikationsorgan der preussischen Statistischen Landesämter, entnehmen der „Alltägliche Preisliste“ folgende Angaben über die wichtigsten Durchschnittskleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Hausbedarfsmittel in der zweiten Hälfte des Monats Dezember. Es kostete 1 Kilogramm Roggenbrot 34,5 (2. Hälfte Dezember 1924 55,6; Monat Dezember 1913 28,3) Pfg., 1 Kilogramm Weizenmehl 45,5 (45,4; 37,1), Reis 59,0 (56,7; 48,7), Spinat 60,4 (57,4; —) Pfg. für 1 Kilogramm Eßbutter zahlte man 48,3 (47,7; 28,4), für Margarine 164,4 (156,5; —), für Schellfische 102,3 (124,6; —), für 1 Liter Vollmilch 29,1 (32,0; 31,0) Pfg., 1 Kilogramm gebrannter Kaffee kostete 701,6 (678,4; 312,5), 1 Pfd. Hafer 21,2 (21,3; 10,7) Pfg. für 1 Ztr. Steinföhlen wurden gefordert 199,7 (195,6; 145), für 1 Ztr. Weizen 161,9 (152,6; 110,9), für 1 Kubikmeter Kochgas 19,4 (19,3; —), ebenso viel für Leuchtgas, und für 1 Kilowattstunde elektrisches Licht 46,1 (45,2; —) Pfg.

Die durchschnittlichen Fischpreise im Jahre 1925. Zur Berechnung der Fischpreise für haarschneidende Fischereien benutzte der preussische Landwirtschaftsminister jedoch eine Uebersicht über die Durchschnittspreise für Fische, aus der der „Alltägliche Preisliste“ folgendes mittelt: Im 4. Vierteljahr 1925 zahlte man im Durchschnitt für 50 Kilogramm Kal 133,56, Hecht 73,62, Karpfen 77,55, Schlei 86,90, Zander 53,24, Jander 101,23, Wei 30,11 und für 1 Schod Krebse 68,38. Der Durchschnittspreis betrug für alle Fischarten 60,25 Mark. Im ganzen Kalenderjahr 1925 belief sich der Preis von 50 Kilogramm Kal auf 140,20 Mark; Zander kostete 53,13, Karpfen 76,28, Schlei 87,42, Hecht 59,92, Jander 125,61, Wei 35,35 und 1 Schod Krebse 113,35 Mark. Für das Kalenderjahr 1925 ergab sich ein Durchschnittspreis von 64,06 Mark.

Brandversicherung und nichtiger Vertrag. Wer in betrügerischer Absicht eine gegen Feuergefahr versicherte Sache in Brand setzt oder ein Schiff, welches versichert ist, sinken oder stranden läßt, wird nach § 265 des Strafgesetzbuches mit Zuchthaus und Geldstrafe bestraft. 2. weigert dem Schwurgericht in Kiel ein Grund des § 265 a. a. D. schwärzte war, legte Revision beim Reichsgericht ein und stellte, da der Versicherungsvertrag nichtig war, durfte § 265 des Strafgesetzbuches nicht angewandt werden. Das Reichsgericht wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, § 265 l. c. setze nur einen vorübergehenden Versicherungsvertrag voraus; unerheblich sei es, ob er anfechtbar oder nichtig sei. Zudem werden meistens in Brand gesetzt, die vorher überversicherter wurden, um die Versicherungsprämie rechtswidrig zu erlangen. Die Frage der Ueberversicherung sei unannehmlich rechtsmäßig geregelt. Aus § 51 (2) des Gesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 sei ein Vertrag nichtig, welchen der Versicherungsnehmer in der Absicht abschloß, sich aus der Ueberversicherung einen rechtswidrigen Vermögenszuwachs zu beschaffen. Durch diese Vorschrift sollte an dem Inhalt des Strafgesetzbuches nichts geändert werden. Es würde gegen den Zweck des Strafgesetzbuches verstoßen, wenn man wegen der Nichtigkeit des Versicherungsvertrages den § 265 des Strafgesetzbuches auf die betrügerische Brandsetzung der versicherten Sachen nicht anwenden wollte.

Die Wohlfahrtsbriefmarke der Deutschen Post. Die Wohlfahrtsbriefmarken tritt in diesem Winter eine doppelte Aufgabe heran: Die Zahl der Hilfsbedürftigen wächst — die wirtschaftliche Not läßt die Spenden an Höhe und Anzahl immer geringer fließen. Erfolg ist nur noch durch Mobilisierung einer großen Menge kleiner Beträge zu erreichen. Die Deutsche Post benutzte für diese Spendenwerbung die von der Reichspostverwaltung herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken, Postwertzeichen zu 5, 10 und 20 Pfennig, eigenartig in der Zeichnung und schön in der Farbe, die zum Doppelten ihres Frankierwertes verkauft werden. Der Wohlfahrtsaufschlag fließt der Deutschen Post zu. Es war ein glücklicher Gedanke, im Ausland bereits seit langem bewährt, die Briefmarke, diesen Gegenstand des täglichen Bedarfs durch eine freiwillige Steuer zu einem Wohlfahrtsmittel ersten Ranges zu machen, und ihm verbandt die Deutsche Post bereits im vorigen Winter 1 735 000 Mark. Gemäß erscheinen die Beträge, gemessen an den Millionen der amtlichen Hilfsmittel für Arbeitslosenunterstützung, Kleinrentnerfürsorge usw. nicht hoch. Es handelt sich aber auch nicht darum, die großen Soziallasten dem Staat und den Kommunen abzunehmen oder die großen amtlichen Notstandsaktionen zu ersetzen. Vielen Tausenden kann durch rechtzeitige Zuwendung kleiner Summen oft das Verpeeren erspart bleiben. Ganz abgesehen von der materiellen Hilfe erwacht ihnen, durch wenige Mark auch seelisch oft außerordentlich gestärkt, die Kraft, weitere Mittel oder Verringerung ihres Schicksals über die bezweifelten Verhältnisse hinwegzukommen. Wenn wir bedenken, daß in Deutschland täglich etwa 10 Millionen Postsendungen frankiert werden, so können wir leicht ausrechnen, wie wenig an besonderem Aufwand nötig ist, um die von der Deutschen Post erhaltene Summe von 2,6 Millionen Mark zu erzielen. Wenn jeder an seinem Teile tut, was er kann, werden die 2,6 Millionen Mark in der gescheiterten Zeit beisammen sein. In dieser Möglichkeit der Leistung liegt eine moralische Verpflichtung, der sich Mithelfer und Spender schlichterding nicht entziehen dürfen.

Die verhängnisvolle Streichholzschachtel. Im letzten Jahrzehnt ist den Ärzten ein Krankheitsbild geläufig geworden, das auch für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sein dürfte. Die Kranken, fast ausschließlich Männer, kommen mit Klagen über einen Ausschlag am Oberkörper und vielfach gleichzeitig auch im Gesicht, in die Sprechstunde. Der Arzt findet dann ein akut entzündetes Ekzem an der Vorder- und Rückseite des Oberkörpers, dort, wo die Hosentasche aufliegt; außerdem eine Schwellung des Gesichtes und eine Entzündung der Augenlider und Bindehäute. Nicht selten hat das Ekzem fast den ganzen Körper ergriffen. Die Ursache dieser seltsamen Erkrankung ist in der Reibung der in der Hosentasche getragenen Streichholzschachtel zu suchen, und zwar entwickeln sich aus den in der Reibschicht enthaltenen Phosphorverbindungen beim Warmwerden am Körper flüchtige Stoffe, die durch die Kleider hindurchdringen und schwere Hautreizungen auszulösen vermögen. Wie weit es sich hier um ganz bestimmte Substanzen handelt und ob eine besondere Empfindlichkeit der Haut vorliegen muß, damit es zu dieser „Streichholzschachtelentzündung“ kommt, ist noch nicht restlos entschieden.

Ein Treibriemen gefunden. Am 15. Januar ist auf dem eingedämmten Eisenbahngelände ungefähr 20 Meter vom Stellwerk N. O. T. dicht an der Rogauer Straße ein 14 Zentimeter breiter und 6 Meter langer Treibriemen aus gummiertem Gewebe gefunden worden. Es dürfte nicht ausgeschlossen erscheinen, daß dieser Riemen aus einem Diebstahl herrührt. Die Befragung kann in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 257, erfolgen.

Gestohlen wurden am 14. d. M. aus einer Selterwasserkunde, Herrentanztrage, eine schwarzfarbete Hose, ein dunkles Jackett, ein Gebirgsbuch, eine Gemberbeimelung und eine handesamtliche Ehefähigkeitsurkunde lautend auf den Namen Walter Modrom. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — Zimmer 280 oder 263.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ableistung Remsdorf-Neuform. Die Jugend tritt sich Mittwoch den 20. Januar im „Hofgarten“ zum Regeln. 10 Pfennig sind mitzubringen. — Wahlbildervortrag bei festem Saal am Donnerstag den 21. Januar, 8 Uhr, Sorlands-, Rastler-, Jug- und Gruppenführer.

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Heinrichshafen. Gemälde aus dem Kreise der Münchner Künstlergenossenschaft und Dom und Zubehörsache von Henne Schaefer.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. In aller Generalversammlung am Donnerstag den 7. Uhr bei Holz, Tischlerkingstraße 22. Mitgliedsbücher mitbringen. Am Mittwoch trifft sich die Kommission für Feste und Feiern um 8 Uhr im Jugendsekretariat. Mittwoch, Donnerstag fällt die Gruppenberausammlung aus, wir gehen zur Generalversammlung. Budau. Dienstag 8 Uhr abends Gerichtsitzung. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. — Donnerstag zur Generalversammlung treffen wir uns um 7 Uhr am Frankenheim. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. — Freitag den 22. Januar 18 Uhr abends Arbeitergemeinschaft. Alle, die an der Arbeitgemeinschaft teilnehmen, müssen pünktlich erscheinen. — Sonnabend zum Baden treffen wir uns um 17 Uhr am Frankenheim. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 20 Pf. mitbringen. — Sonntag vormittag 9 bis 12 Uhr Tanzlehrstunde. Alle müssen Soden mitbringen; nachmittag 5 bis 7 Uhr Schachlehrabend. Alte Neustadt. Aeltere Gruppe: Dienstag (heute) 8 Uhr in der Schule Niederabend. Niederbücher mitbringen. — Mittwoch 8 Uhr große Probe in der Schule. Alles muß pünktlich erscheinen. — Donnerstag 18 Uhr Treffen am Handelsplatz zur Generalversammlung. Gruppenbeiträge für Dezember 1925 fehlen noch von Budau, Neue Neustadt, Südost, Wilhelmshagen. Neue Neustadt. Donnerstag 17 Uhr Treffen Nikolaiplatz zur Generalversammlung. Sudenburg. Heute (Dienstag) Diskussionsabend „Unsere Stellung zur K. Z.“ (H. Stern). — Donnerstag Generalversammlung Groß-Magdeburg, Treffpunkt 17 Uhr am „Fischer“. — Freitag junge Arbeitergemeinschaft bei Walter Kempke, Remsdorf, Fischer Straße 3. Fernerleben. Mittwoch Spielgemeinschaft. Niederabend im Wilhausbeizimmer. — Donnerstag Treffen um 6 1/2 Uhr am Gemeindepark zur Generalversammlung. — Sonntag kommt Lehrer Schneider zu uns. Singen fällt wegen Krankheit des Leiters aus. — Wanderartikel und Bücher kauft man in der „Diene“, Ratswageplatz 3/4, I, Eingang Schatzstraße. Briefkasten. Briefkasten. Der Brief am Montag ist zu spät eingetroffen. — Ein neues Briefkastensystem. Berichte über Referate in den Parteiverksammlungen, soweit sie die allgemeine Politik betreffen, können wir in Briefkasten nicht veröffentlichen. Nur mit einem Satz ist in den Parteiverksammlungen der 7. d. M. die Referate zu erörtern. Weitere Ausführungen zu bringen, die sich schon längt in politischen Teil eingehend behandelt sind, werden Flaggenverwendung.

Nachrichten aus der Provinz.

„Sparbarkeit“ in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Der Vorstand der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen hat ein Rundschreiben an alle Stadt- und Landkreise erlassen, in dem diese als untere Verwaltungsstellen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Sektionen) zu größter Sparbarkeit aufgefordert werden.

Bei dieser Gelegenheit sei nicht vergessen, auch die außerordentlich hohe Belastung der Landwirtschaft durch das Gesetz vom 14. Juli 1925 ganz besonders hinzuweisen, die den Berufsgenossenschaften zur strengsten Pflicht macht die Ausgaben auf die allernotwendigsten zu beschränken.

Nichtig ist so viel, daß jenes Gesetz vom Juli 1925 auch die landwirtschaftliche Unfallversicherung etwas auspariert. Vor allem werden die in der Zeit vor der Inflation festgesetzten Renten wieder aufgewertet.

Zu unterstützen ist ein anderer Hinweis, der größere Beschleunigung der Behandlung der Unfallsachen verlangt. Es sei bedauerlicherweise beobachtet worden, daß bei einer Anzahl Stadt- und Landkreise zahlreiche Unfallsachen nicht nur wochen, sondern oft monatelang ohne jeden Grund verzögert werden sind.

Auch wir meinen, daß es besser ist, die Unfälle überhaupt zu verhüten oder nach Möglichkeit zu heilen, da die geringen Renten ja doch nur einen ganz ungenügenden Ersatz des Schadens darstellen.

Kreis Wolmirstedt.

Aus dem Kreistag.

Zur ersten Sitzung des neuen Kreistags waren die Abgeordneten vollständig erschienen. Schon vor Beginn der Tagung teilte der Abgeordnete Wetter (Ztr.) Mitgliedern unserer Fraktion mit, daß er mit den Vertretern des reaktionären Wirtschaftsblocks verhandelt hätte und mit diesen arbeiten würde.

Die Passion.

Roman von Clara Biedig.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zwölftes Kapitel.

Es war nun bestimmt, daß die Hochzeit in der letzten Woche vor dem Weihnachtsfest sein sollte, drei Tage vor Obas zwölftem Geburtstag.

Der Brautgroom brachte sie zur Bahn. Auch Eva war mitgekommen; sie stand jünger dabei, mit einem ganz kleinen bleichen Gesicht, als Blechhammer seine Braut vielmals küste und sie ermahnte, recht acht auf sich zu geben.

Olga sah aus dem Wagenfenster noch einmal zurück auf den Mann und das Kind, ihre Lieben beide, die nun so eng zu ihr gehörten, und dann schloß sie das Fenster und setzte sich in ihre Ecke zurecht.

Sie war sehr müde, sie hatte sich heute noch sehr abgeben müssen. Zug werde im Zuge schlafen, hoffte sie. Aber nun schlief sie doch nicht. Der Zug rasste schnell dahin in nächtliche Weiten, ihre Gedanken waren ihm noch schneller voraus.

trumsmanes werden wir seinen Wählern in Groß-Ammensleben in einer öffentlichen Versammlung noch Auskunft geben und Rede und Antwort stehen.

Der Landrat Genosse Wötger begrüßte die Abgeordneten mit der Aufforderung, das Wohl des Kreises als ihrer Arbeit Ziel zu betrachten. Er wies hin auf die große Not, die sich immer noch steigert.

Gegen deutschnationale Gehässigkeit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas unser Fraktionsvorsitzender, Genosse König (Zrleben) eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Kreistags, in der entschieden gegen die gehässigen und unwahren Behauptungen in dem Wahlflugblatt des Wirtschaftsblocks (also der vereinigten bürgerlichen Parteien) am letzten Tage vor der Kreiswahl Stellung genommen wird.

Zu diesem Nachwort der Reaktion stellt unsere Fraktion fest, daß:

- 1. Ordnung und Sparbarkeit die Leitsterne in der gesamten Kreisverwaltung bis heute gewesen sind und auch fernerhin sein werden;
2. alle wesentlichen Beschlüsse des Kreistags und des Kreis-ausschusses einstimmig gefaßt worden sind;
3. einige im Kreistag anwesende bürgerliche Abgeordnete es abgelehnt haben, solchen Schmutz und solche Unwahrheiten mit ihrem Namen zu belegen;

Bei dieser Verlesung gab es betrübliche Gesichter in den Reihen der Herren von Anstand und Ordnung.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Neuwahlen zum Kreistag wurden, da keine Einwendungen erhoben waren, für gültig erklärt.

Die Bürgerlichen zählten nun 11 Mitglieder einschließlich des Vertreters des Zentrums Wetter (Groß-Ammensleben).

in ihre Brust, sie begann sich zu fürchten vor einem Wiedersehen.

Olga hatte beim Gärtner zwei Kränze gekauft. Es war nach derselben Gärtner wie früher, dicht beim Kirchhof, sie erkannte ihn wieder, obgleich er sehr alt geworden war.

Es war um die Mittagstunde, als Olga an der Wohnungstür von Frau Malwine Berndorf die Klingel zog, sie hatte leicht erzagen können, wo die wohnte.

Frau Berndorf war zu Hause. Die ganze überhaupt nicht mehr aus, sagte eine ältliche Person, die die Tür öffnete.

„Ja bin Olga Wilkowitzki“, sagte sie, näher tretend. Die alte Frau fragte: „Wer?“ und sah sie mit fremdem Blick an.

Die Kreisaustragungsglieder. In den Kreisaustragung wurden gewählt nach dem Verhältnis 14:11. Die Genossen König (Zrleben), Graß (Magd) und Hasehorst (Wolmirstedt); von den Bürgerlichen Loß (Wolmirstedt), Köhler (Groß-Ammensleben) und Wolter (Zrleben).

Bei der Neuwahl der Mitglieder des Kreisparlaments gab es eine längere Debatte, die eine Vertagung der Sitzung notwendig machte. Die Bürgerlichen konnten sich nicht einigen.

Bei den andern Punkten der Tagesordnung ließ das Interesse der Bürgerlichen nach, der Abgeordnete v. d. Schulenburg verschwand und ließ seine Freunde allein; sie waren nun wieder die Zehnmännerfraktion.

Bürgermeister Genosse Hasehorst (Wolmirstedt) berichtete über die Revision der Kreisparlamente und der Kreis-Kommunalkasse für 1924.

Ermäßigung der Kreissteuer.

Für das vierte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1925 beantragte der Kreisaustragung die Ermäßigung der Kreissteuer. Es dürfte wohl keinen Landkreis unter bürgerlicher Verwaltung geben, wo eine solche Herabsetzung auf Grund einer günstigen Finanzlage erfolgt.

Da auf Grund einer Verordnung vom 27. November 1925 aus der Grundvermögens- und Körperschaftsteuer vom Reiche noch größere Rücküberweisungen zu erwarten sind, und die größeren Industriegebiete über zumeist Einnahmen verfügen,

Dieser Antrag wurde von den Genossen Hasehorst, Krüffel und König begründet. Besonders Genosse Hasehorst setzte sich warm dafür ein; denn seine Gemeinde verfuhr über zu wenig Grundbesitz.

Die ältliche Person erschien und stellte sich hinter den Rehnstuhl. Sie wuschelte einen Blick mit Olga, und dann sagte sie mit der Offenheit einer, der das Herz es nicht eingibt,

„wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte?“

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

„Kummer?“ wiederholte Olga. Kummer! Sie bekam einen Schred. Was war geschehen mit Manfred, warum hatte die Mutter Kummer um ihn, solchen Kummer, daß der sie förmlich zerstört hatte? War er vielleicht gestorben? Fragen drängten sich ihr auf die Lippen, aber sie durfte ja nicht allzu beteiligt fragen, sich dadurch nicht verraten.

Von den Bürgerlichen äußerte sich nur. Loß zu dieser Sache, und beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Aufforderung zur Untorektheit.

Die Gemeinden sind vom Landrat rechtzeitig aufgefordert worden, eine Eingabe einzureichen über größere Zuwendung aus Reichsmitteln, wie sie in der Verordnung vom 27. November 1926 gedacht sind. Diese Eingaben sollten bis zum 9. Januar 1926 im Besitz des Landrats sein. Der Gemeindevorsteher Tempin, Mitglied des Kreisrats in der bürgerlichen Fraktion, hat diese Frist nicht eingehalten, sondern erst am 14. Januar 1926, also 5 Tage zu spät, die Eingabe eingereicht. Der Vorsitzende der Bürgerlichen, Loß, stellte das Ansuchen an den Landrat, diese Verspätung von Tempin nicht so genau zu nehmen, sondern diese auch als rechtzeitig der Regierung zu melden. Der Landrat, Genosse Vöttger, weist dieses Ansuchen, dem Regierungspräsidenten unwarhe Angaben zu machen, energisch zurück. Wenn die Gemeinde Dolle ihr Recht nicht bekommt, ist es Schuld des Gemeindevorstehers. Wie kommt eigentlich Herr Loß zu einer solchen Zumutung? Hat man es vor dem Kriege, als er ja auch schon im Kreise tätig war, in solchen Dingen nicht so genau genommen?

Der Erlaß einer Wertzuwachssteuerordnung für den Kreis wurde nach der Vorlage angenommen. Um sich vor finanziellen Nachteilen zu schützen, sei allen Besitzern von Grundstücken und dergleichen beim Verkauf empfohlen, sich genau über diese Steuerordnung zu informieren. — Um die rechtzeitige Znan- geiffnahme und Durchführung der für das Rechnungsjahr 1926 vorgesehenen

Arbeiten auf den Kreisstraßen

zu ermöglichen, sind die nötigen Steine jetzt beschafft worden. Folgende größere Arbeiten sollen vorgenommen werden: Im Auf- jahrsbezirk Drahtfeld: 935 Meter Länge, 6 Meter breit; 230 Meter Länge, 5,5 Meter breit; Bezirk Niedernleben: 350 Meter Länge, 4,5 Meter breit; Bezirk Groß-Ammensleben: 964 Meter Länge, 4,5 Meter breit; Bezirk Wolmirstedt: 2874 Meter Länge, 4,5 Meter breit, insgesamt 5353 Meter Länge. Die Ge- samtsumme dafür beträgt 137 450 Mark. Dazu kommen für lau- fende Unterhaltungskosten 106 550 Mark. — Der Land- rat bemerkte dazu, von der Landwirtschaftskammer sei eine Be- schwerde eingegangen; in ihr behauptet einer ihrer Sachver- ständigen — wer wird nicht gesagt, hätte mitgeteilt, die Straßen wären zu teuer, die Straßen könnten länger liegen usw. Genosse Vöttger ist gegenwärtiger Meinung. In der Vorberichtszeit sind in jedem Jahre 8 Kilometer Straßen neu gemacht worden. Danach müßte jede Decke, bei 216 Kilometer Gesamtlängere im Kreise, 27 Jahre liegen. Wir konnten bisher noch nicht einmal in jedem Jahre 8 Kilometer neu bauen, müssen aber bald dazu kommen, daß noch mehr gebaut werden kann, denn der heutige Verkehr auf den Kreisstraßen stellt ganz andre Anforderungen an die Breite und Festigkeit der Straßen.

Ein Radschrittel.

Der bürgerliche Abgeordnete Loß (Groß-Rodenleben) drohte mit einer großen Petition der Einwohner seines Heimat- ortes, wenn die am Bahnhof Schimmlerleben vorgesehene Straße 6 Meter Breite erhalten sollte; 4,5 Meter wären breit genug. Dieser Mann mußte sich vom Genossen Rothnagel (Dret- leben) und auch vom Kreisbauinspektor sagen lassen, daß gerade dort 6 Meter unbedingt erforderlich sind, denn nicht nur Autos und Motorwagen haben dort ein Recht auf eine gute Straße, son- dern auch die Fußgänger und Radfahrer, die dort zu Hunderten, zum Teil in dunkler Nacht, diese Straße passieren müssen. Wir wünschen, daß Herr Loß recht viele Unterschriften sammelt, viel- leicht lernt dann die Verantwortlichkeit alle diejenigen kennen, die mit offenen Augen schlafen und den sich immer mehr steigenden Verkehr nicht sehen. Auch der Voranschlag, mehr Schotterstraßen zu bauen, kann nicht in Frage kommen. Nachdem der Landrat sich noch einmal für guten Straßenbau eingesetzt und auch ge- wünscht hatte, daß die Arbeiten schnell in Angriff genommen werden, wurde des Vorlage zugestimmt.

Die Gemeinden Kobbelt und Uetz wollen die Verbin- dungstraße zwischen den beiden Orten herstellen. Durch das Eintreten des Gemeindevorstehers Genossen Winter in Uetz und des Amtsrathes Genossen Stahl in Kobbelt scheint es nun endlich Wirklichkeit zu werden, was frühere bürgerliche Ge- meindevorstellungen verjagt haben. Landrat Genosse Vöttger teilte mit, daß sich die nächste Kreisratssitzung, wahrscheinlich schon im März, damit beschäftigen muß, damit die von den Orts- geborenenfalls die Straßenbaupremie erhalten. Auch Gutten- wegen wird einen ähnlichen Antrag stellen.

Für die Erwerbslosen.

Genosse König beantragte, im Namen seiner Fraktion, dem nächsten Kreisrat eine Vorlage zu unterbreiten, wie den aus- gesetzten Erwerbslosen geholfen werden kann, ebenso denen, die eine längere Karenzzeit haben und wie die Unterbringungen erhöht und die Beschaffung von Arbeit möglich ist. Bei der Ab- stimmung waren die Bürgerlichen unentschieden. Herr Vetter erhob sich und sah sich nach seinen Genossen um, die alle schon aufge- standen waren. Endlich sprach Herr Loß das erlösende Wort für die Bürgerlichen: „Es ist ja nur eine Vorlage.“ Er erhob sich und mit ihm alle übrigen bis auf Herrn Lindenbrodt (Rohje), der nicht einmal für die Einbringung einer Vorlage zur Hilfe für Erwerbslose ist. Der Abgeordnete Kijchka gab eine Erklärung ab, eines Antrag an den Kreisrat sei weiter zu leiten für die Einweisung der Fürsten. Der Antrag wurde zu Protokoll gegeben.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und Genosse Vöttger dankte den Abgeordneten für die Arbeiten. Nach der Einweisung unserer Kreisratssache kann nun einer leichten, aber stetigen Verringerung gesprochen werden. 778 Sparanträge sind vor- handen. Goffen war, daß die Wirtschaftslage bald verschwindet. Sparanträge soll herrschen, aber Sparanträge, die dringender notwendig sind, sollen und müssen durchgesetzt werden. Die Über- brücke, diese Volksebene muß im Kreise gekannt werden. Die Einleitung einer Fortsetzung der Arbeit und die Beschaffung eines Lohnverlustes werden den nächsten Etat beschäftigen. So wollen wir alle zum Wohle des Kreises arbeiten.

Feuerbestattungsschwarzeln. Der Verein der Frei- denker für Feuerbestattung veranstaltete am Sonnabend den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Saal von Otto Köpfe (Niedern- leben) einen öffentlichen Festsitzung. Die Feuerbestattung. Die anwesende Bevölkerung wird zu diesem interessanten Kultur- stift eingeladen.

Groß-Ammensleben. Festgenommen wurde durch die Einwirkung der Gendarmerie H. Korb und Stroh von der Damm- im Schwarzen Acker ein gotteslästerlicher Herr namens August Fischer von Magdeburg, der angeblich in der Annahme der 30 Wochen und Schatzkammer sein will. Er ist Anfangs des 30. Jahre und wurde wegen schon zwei Jahre andauernder Betrüge- ren und Jagdverbrechen dinglich gemacht und dem Landjäger übergeben.

Wegh. Diebstahl. In der Nacht zum 16. Januar wurde bei den Katerhagenwäldchen R. Gehl ein dreierlei Diebstahl durch Einbruch in des Hefenbrenners Werkstatt. Wirtswasser war- den, mehrere Flaschen Käse und mehrere Flaschen Wein. Einstele- bende haben die Täter hinterlassen, so daß man ihnen auf der Spur ist. — Die Parteiberammlung war leider schon fast beendet. Genosse Groß berichtete über den Streik und seine Folgen. Katerhagen, rufft auch zusammen, damit daran, daß die die Organisationskommission erhalten muß für neue poli- tische Zwecke in diesem Jahre. Schluß der Versammlung nach dem Bericht über den Streik und nach dem Bericht über den Streik. Der Tag der Generalversammlung wird noch bekanntgegeben.

Kreis Neuhalbensleben.

Neuhalbensleben. Zentralbibliothek. Die Zahl der Leser und Lesertinnen von Büchern aus der Zentralbibliothek ist in den letzten Wochen ganz außerordentlich gestiegen. Bisher war es möglich, die Bücher zu jeder Zeit während der Sprechstunden des Arbeitersekretariats auszugeben, dies ist jetzt bei der stärkern Beteiligung der Bibliothek nicht mehr durchzuführen. Die Biblio- thekskommission hat daher beschlossen, daß die Bücherausgabe nur noch am Dienstag und Freitag jeder Woche, nachmittags von 5 1/2 Uhr bis 6 1/2 Uhr, erfolgt. Die Lesefrist beträgt 14 Tage. Wir bitten unsere Leser, die Frist möglichst innezuhalten, zu mindest aber nach Ablauf dieser Frist die Verlängerung zu beantragen, falls das Buch noch nicht zu Ende gelesen ist. Im übrigen weisen wir noch darauf hin, daß in letzter Zeit noch eine ganze Anzahl Neuanschaffungen gemacht worden ist, so daß das Lesebüchlein in jeder Beziehung befriedigt werden dürfte. — Der Frauen- unterhaltungsabend findet am Mittwoch den 20. Jan- uar bei Herzog bestimmt statt. Alle Genossinnen müssen er- scheinen. —

Neuhalbensleben. Borgellanarbeiter-Verband. Der am 31. Dezember 1925 abgelaufene Tarifvertrag sowie das Lohn- und Arbeitszeitabkommen wurde bis zum 31. Januar ver- längert. Die Verhandlungen über eine Neuregelung finden vor- ausichtlich Ende Januar statt. Die Mitgliederzahl beträgt 927. Sie betrug zu Anfang des verfloffenen Jahres 811. Dann hielt Genosse Feldmann einen Vortrag über die Aufgaben der Ge- werkschaften in der Wirtschaftskrise. In der lebhaften Aussprache, an der sich besonders die Betriebsratsvorsitzenden der einzelnen Werke beteiligten, wurde besonders das Vorgehen der Unterneh- mer am Ort einer scharfen Kritik unterzogen. Ueberall wird Lohnabbau verlangt, trotzdem die Arbeiter bei weitem nicht den Lohn erhalten, um als anständige Menschen leben zu können. Beson- ders kritisiert wurde auch, daß eine übermäßig große Zahl von leitenden Angestellten, die hohe Gehälter beziehen, gerade in letzter Zeit eingestellt wurden, wodurch die Wirtschaftlichkeit der Werke noch mehr belastet wird. — Vom Arbeiter- Sängerbund. Auf der Unterbezirkskonferenz am letzten Sonntag waren die angeschlossenen Vereine mit Ausnahme des Gesangsvereins Liederkreis Wehringen durch Delegierte ver- treten. Sangesbruder Siebert berichtete über die Ereignisse, die auf das Gaujüngersfest Bezug hatten. Auf der Bezirksstagung am kommenden Sonntag in Magdeburg soll über die Leistung des Arbeiter-Sängerbundes Aufklärung verlangt werden. Die Ab- rechnung wurde von Dieping vorgelesen und entlasst. In den Unterbezirksberichten wurde Genosse Gustav Siebert als Vor- sitzender, Walter Dieping als Kassierer und Heinrich Feldmann als Schriftführer wiedergewählt, Bezirksdirigenti wurde Pfister (Neu- halbensleben). Zum Gaujüngersfest hat jedes aktive Mitglied einen festen Beitrag von 3 Mark zu zahlen. Die Zahl der Teil- nehmer ist spätestens 4 Wochen vor dem Feste an Feldmann, Arbeitersekretariat Neuhalbensleben, mitzuteilen. Nachdem noch Siebert als Delegierter für den Vortrag des Chorleiters Eduard Siebert (Leipzig) gewählt war, wurde die Konferenz geschlossen.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Gommern. Vom Arbeitsmarkt. Durch das Frost- wetter trat eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein, was sich besonders im Baugewerbe und in sonstigen Außenberufen ungenügend auswirkte. Fast sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhandwerker, welche vor kurzem die Beschäftigung aufnehmen konnten, wurden wieder entlassen. Auch im Steinergewerbe fanden Entlassungen statt. Die Stärkefabrik in Möckern entließ wegen Mangels an Arbeit die ganze Belegschaft, ebenso die Zementfabrik der Firma H. Schröder in Gommern. Im ganzen Bezirk werden weitere Entlassungen gemeldet, so daß die Er- werbslosigkeit immer noch im Steigen begriffen ist. In den Steinbrüchen wird noch voll gearbeitet. Infolge der Wirtschaftsk- risis wurden kaufmännische und technische Angestellte entlassen. In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit noch sehr gering. Offene Stellen waren nur wenig gemeldet, die gleich be- stellt wurden. Die Schulfabriken arbeiten weiter verfrüht, auch finden laufend Entlassungen statt, wodurch außer den männlichen, besonders hart die weiblichen Arbeitsträger betroffen werden. Offene Stellen für Hausmädchen im Privatbushalt sind nur vereinzelt gemeldet. Dagegen sind offene Stellen für Dien- stmädchen in der Landwirtschaft mehr vorhanden. Erwerbslos waren in der Berichtswoge 457 Personen, und zwar 443 männ- liche und 44 weibliche. Erwerbslosenunterstützung bezogen 323 Personen, diese verteilen sich auf die Ortsgemeinden: Gommern 120, Loburg 77, Möckern 42, Köhlig 16, Leitzkau 12, Roskau 9, Dal- chow 7, Köhlig 8, Schwemitz 5, Labenburg 4, Krehlen 5, Dannig- haw 3, Köhlig 4, Ballwitz 2, Kramitz 1, Gutsbezirk Möckern 1, Gutsbezirk Loburg 1, Hohen 1, Womdorf 1, Köhlig 1. —

Stadtkreis Burg.

Stadtverordnetenfraktion am Mittwoch abend 8 Uhr bei Selkmann Sitzung.

Ortsausstellung. Die Arbeiter-Samariterkolonne hat ihren Jahresbericht vorgelegt und bittet um weitere Unterstützung durch die organisierte Arbeiterkraft. Es wird empfohlen, auch für 1926 die Beitragsleistung in bisheriger Höhe zu belassen. Genosse Fijel gab in kurzen Zügen einen Überblick auf das abgelaufene Jahr. Unter dem Zusammenbruch des Normalzustandes hatte die Reichsindustrie am Orte am schwersten zu leiden. Die beiden hie- sigen Konsumfirmen, Berlin-Burger Eisenwerk und Aktion, mußten in Konkurs gehen und die Belegschaft entlassen. Damit war dem Wirtschaftsladen Burg ein großer Antriebs entzogen. Wenn auch einige Metallarbeiter vorübergehend in Brandenburg Unterstell- wurden, so blieb doch die Zahl der Arbeitssuchenden unverhältnis- mäßig hoch. Dazu trat dann im Herbst infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise in fast allen Industrien ein Abbau der Beleg- stätten ein. Mehrere Firmen gingen in Konkurs, andre arbeiten nur noch bis zu 24 Stunden die Woche. Am Ende des Jahres war ein Großteil aus Arbeitssuchenden vorhanden, wie wir ihn in Burg nie gekannt haben. Insgesamt waren 226 erwerbslos ge- meldet mit 1246 Zuschlagsempfindern. Aber auch diese Zahl ist bereits wieder überschritten, so daß gegenwärtig 2639 Voll- erwerbslose mit 2251 Zuschlagsempfindern zu verzeichnen sind. Daneben sind rund 3000 Arbeitsnehmer vorhanden, die in Kurz- arbeit stehen, deren Wochenverdienst vielfach nicht die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Der Ortsausstellung hat die not- wendigen Schritte unternommen, um Arbeitsgelegenheit zu be- schaffen; leider ist die Stadterhaltung infolge der Geldknappheit nicht imstande, größere Hilfsarbeiten auszuführen zu lassen, wie es im Vorjahre noch der Fall war. Genosse Fijel konnte mit- teilen, daß am Tage der Sitzung eine Kommission in Berlin war, damit bei den zuständigen Stellen die Beschaffung von Mit- teln zur Ausführung größerer Arbeiten in die Wege geleitet wird. Des Unternehmersvertrags verweist, die schlechte Lage des Arbeits- marktes anzugehen, um die ihm längere tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen zu befehlen. Auch am Orte haben sich Fir- men gefunden, die zum Teil mit Erfolg gegen die Interessen der Arbeiterkraft vorgegangen sind. Genosse Fijel erwähnte zur Einleitung und teilungsfähigen Zusammenarbeiten, damit die Anträge der Unternehmer abgewehrt werden können. Hieraus fanden die Zahlen für die folgenden Ergebnisse: Beschäftigungsglieder: Fingler, Köhlig, Gehl, Kramitz jun., Tisch, Gamm und Wieg- and; Kramitz; Gehl, Gabe, Berner; Bibliothekskommission: Berner, Stadtmagister, Friede, Leppner. Soziale Zahlen: Andre, Gabe, Jap, Kramitz. Genosse Kramitz berichtete über die Er- richtung von Wohnunterstützungen für 1925. Da das Finanzamt noch keine Richtlinien über die Errechnung der Steuern hat und in Vorjahr einmal eine Veränderung der Steuern eingetreten ist, können Anträge noch nicht so bearbeitet werden, daß die jubel- gezeichneten Steuern baldmöglichst erhoben werden. Ueber die Erwerbslosigkeit bei Lohnbewegungen und die allgemeine Offenheit des Unternehmers auf diesem Gebiet berichteten die Trans-

port, Holz-, Gemeinde- und Metallarbeiter. Auch in der Schul- industrie ist der Reichsrat gebittigt, so daß die Ausschüsse für die Zukunft sehr fröhlich sind. Dabei machte der Vertreter der Gemeindefabrik seiner Gausleitung den Vorwurf, daß sie in An- betracht der schlechten wirtschaftlichen Lage noch in eine Verlänge- rung der Arbeitszeit gewilligt hat. Die Frage der Fürstentabstun- dung rief eine längere Debatte hervor und es wurde eine energische Protestbewegung seitens der Spitzenorganisationen ge- fordert, um eine Auspörierung des deutschen Volkes durch seine abgedankten Fürsten zu verhindern. Nach Bekanntgabe einer Ein- ladung zu der Wochenabstimmung am 22. Januar in der Mädchen- Volksschule wurde die Sitzung geschlossen. —

An alle Schulfreunde. Oftern rückt heran und damit die Einrichtung der weltlichen Schule in unserm Orte. Ein acht- klassiges Schulsystem ist unbedingt gesichert. 400 Kinder sind an- gemeldet. Noch weitere 200 können gewonnen werden, wenn sich alle Schulfreunde und Erzieher ihrer Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und der neuen Schule bewußt werden. Der Vor- stand der Schulfreunde ruft daher nochmals alle Freunde der Schule auf, in der am 20. Januar, abends 1/8 Uhr, im Krauses Restaurant stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Schulfreund Karl Blum hält einen naturwissenschaftlichen Lichtbildervortrag. Anschließend spricht Rektor Wal- thasar über weltliche Schule. Der Eintritt ist frei. Recht zahlreicher Besuch wird erwartet. —

Zentralverband der Schuhmacher. Mitgliederversammlung am Donnerstag in der „Zentralhalle“. Direktor Dahm spricht über „Partelle, Kruste und Syndikate“. Alle Mitglieder der Partei und des Reichsbanners, die Verbandsmitglieder sind, müssen erscheinen. —

Der Volksfeuerbestattungsverein hält heute (Dienstag) abend 8 Uhr bei Krause seine Generalversammlung ab. —

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Die Versammlung der Ortsgruppe unserer Partei war gut besucht. Vorsitzender Thiele ehrte die im letzten Jahre verstorbenen Genossen. Weiter wies er in kurzen Worten auf das 20jährige Bestehen unsers Ortsvereins hin und auf all die Schwierigkeiten, die uns der frühere Dringlichkeitsstaat in unserer Aufwärtsentwicklung bereitete. Er gedachte all der schweren Opfer der vielen Mühe und Arbeit derjenigen Genossen, die heute als Jubilare in unsrer Ortsgruppe weilen. Der Jugend sollte diese Arbeit unserer alten, kampferprobten Genossen ein Vorbild sein. Wenn jugendlicher Mut sich mit der Erfahrung der be- rühmten Genossen paart, wird eine zukunftssichere Zeit für uns kommen. In seinem Geschäftsbericht wies der Vorsitzende darauf hin, daß alle Parteiarbeiten vom Vorstand und Beirat gewissenhaft berichtet wurden. Das Ergebnis der Präsidentsen- soren der Provinzialanlags- und Kreisratswahlen ist hierfür der beste Beweis. Der Mitgliederbestand und auch die Zahl der „Volksstimme“-Besitzer sprich auch für diese Tätigkeit. Auch der Besuch der von uns einberufenen öffentlichen Versammlungen war stets ein guter. Mit der am 1. April in Kraft tretenden Eingemeindung wird unser Tätigkeitsfeld ein andres werden. Wie es auch kommen möge, das eine dürfen die Diesdorfer Ge- nossen für sich in Anspruch nehmen: die sozialdemokratische Zu- sammenfassung des Kreises Wanzleben ist mit ein Stück ihrer Arbeit. Hierauf gab Kassierer A. Schulz einen spezialisierten Massenbericht und machte längere Ausführungen über Mit- gliederbewegung und Beitragsleistung. Für seine pünktliche Arbeit wurde ihm Entlastung erteilt. An der in zustimmendem Sinne erfolgten Aussprache beteiligten sich die Genossen Braune, Meiseberg, Schumacher, Schulz, Gaje, Knobbe und Günther. Die Vorstandswahl ergab: Gustav Thiele erster, Robert Otto zweiter Vorsitzender; A. Schulz erster, Fritz Dieß zweiter Kassierer; Karl Arndt junior Schriftführer. In den Beirat wurden O. Schweiger, O. Niebach, A. Kaufhold, H. Kalle und Frau Anore gewählt. — Da durch die Eingemeindung die Wahl eines Stadt- vorordneten durch die Gemeindevertretung zu erfolgen hat, ist hierfür der Genosse Gustav Thiele in Vorschlag gebracht. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde energisch gegen die Fürstentabstimmung protestiert. Beantragt wurde die Einberufung einer Unterbezirkskonferenz, die gegen diese Volksausplünderung einen gemeinsamen Protest erheben soll. Auch über die Re- gierungsbildung wurde noch heftig debattiert. Es gab ein für und wider. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, auch für das kommende Jahr der Partei die Treue zu halten sowie gegenseitiger Vertrauen zu haben und mit derselben Luft und Liebe die Parteiarbeit zu erfüllen, wurde die inter- essante Versammlung geschlossen. —

Groß-Ottersleben. Der Bund der freien Schul- gesellschaften beramtsaltet am Freitag den 22. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Haus-Festhalle“ eine öffentliche Versammlung. Der Vertreter des Bundes, Schulfreund Hauert (Magdeburg), spricht über die weltliche Schule. Schulfreunde, werbt für regen Besuch. Die Anmeldung der Oftern schulpflichtig werdenden Kinder kann schon jetzt er- folgen. Fördert eure Schule in jeder Weise, damit sie auch er- halten bleibt und so ausgebaut werden kann, wie ihr es wünscht. Am 6. Februar findet ein Elternabend der weltlichen Schule mit gutem Programm statt; werbt schon jetzt für diese Ver- anstaltung. —

Groß-Ottersleben. Rentenauszahlung für Ja- nuar am Donnerstag, den 21. Januar für Kleinkapitalrentner von 1 bis 2 Uhr, für Sozialrentner von 2 bis 4 Uhr. Um Miß- brauch zu verhindern, wird darauf hingewiesen, daß die Renten von den Empfängern selbst abgeholt werden. Im Behindertenfalle muß ein vom Empfangsberechtigten ausgestellter schriftlicher Ausweis durch den Abholer vorgelegt werden. —

Egeln. Staatliche Aufbaufklasse. Unter Hinweis auf die heutige Veranmeldung der Staatlichen Aufbaufklassen in Insteratenet machen wir auf den besonderen Zweck der Aufbauf- schulen aufmerksam. Sie sollen den begabten Kindern der Klein- städte und des flachen Landes Gelegenheit bieten, billiger und in kürzerer Zeit das Ziel der höheren Schulen zu erreichen. Vor allen Dingen haben sie auch den Vorteil, daß die Kinder nicht dem Elternhaus, ihrem Kreise und ihren Ansichten entzogen werden, da sie entweder überhaupt zu Hause wohnen oder aber doch minde- stens 3 Jahre länger zu Hause bleiben können, Vorteile, die nicht unterschätzt werden dürfen. Die Verechtigungen sind genau die- selben wie an andern höheren Schulen. —

Langenwebbingen. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hält am Sonnabend den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Treppenweg eine öffentliche Werbeversammlung ab mit dem Thema „Kirche, Feuerbestattung und Arbeiterkraft“, das der Bezirksvorsitzende Genosse Stiller (Magdeburg) be- handeln wird. Alle Kirchenausgeschiedenen und Freidenker sind dazu eingeladen. —

Unesburg. Aus Meinlichkeitsgründen haben wir bisher davon Abstand genommen, uns mit den lügenhaften Ver- rüchten des Arbeiterkorrespondenten in der „Tribüne“ zu beschäfti- gen. Ausnahmsweise wollen wir auf die Notiz in Nr. 8 der „Tri- büne“ vom 10. Januar „Die Wohlfahrtspflege in Unesburg“ noch eingehen, weil es möglich ist, daß die Behauptungen doch viel- leicht noch von dem einem oder andern nicht erkannt worden sind. Von dem Kommunisten wird nun behauptet, daß seitens des ört- lichen Wohlfahrtsausschusses an Bedürftige Sachen und Gebrauchs- gegenstände zu Weihnachten zur Verteilung gekommen und nach Ansicht des Arbeiterkorrespondenten der „Tribüne“ nicht gerecht verteilt worden sind. Dabei sollen natürlich die bösen Sozialdemo- kraten wieder die Hand mit im Spiele gehabt haben, so daß die „Tribüne“ mal wieder die schönste Gelegenheit hat, mit Dred zu werben. Auf Anfrage wurde uns vom Wohlfahrtsausschuß mit- geteilt, daß ihm von einer Verteilung von Gegenständen an Be- dürftige nichts bekannt ist, es seien nur die doppelten Beträge der jeweiligen Unterstützungsätze zur Auszahlung gekommen. Es

bleibt also nur noch die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt zur Kritik übrig. Der Arbeiterkorrespondent weiß nämlich nicht, daß die Sozialdemokratische Partei aus ihren Reihen heraus eine Arbeiterwohlfahrt gebildet hat. Eine Kritik an den Maßnahmen und der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrtsschüsse von kommunistischer Seite verbieten wir uns. Viel interessanter wäre es für die Öffentlichkeit zu erfahren, wozu die vom Salzenkreuz und Stahlhelm erbetelten Gelder für die „Rote Hilfe“ verwandt sind. Auch wäre es nett, einmal von den kommunistischen Größen darüber unterrichtet zu werden, wo die Gelder (damals noch in Dollar) geblieben sind, die zum Ankauf der Waffen für die Weltrevolution in Anseburg bestimmt waren. Gerade in Anseburg sollten doch die paar Kommunisten recht mäuschenfoll sein.

Kreis Salze.

Montag. Eine Protestversammlung fand am Sonntag auf dem Marktplatz statt. Es galt gegen den geplanten Fürstentag zu demonstrieren. Stadtoberordneter Genosse G. E. schilderte die Not in Deutschland, die steigende Arbeitslosigkeit und den Schrei überall nach Sparmaßnahmen in den Verwaltungen der Städte, Kreise usw. Und angesichts dieser Situation verlangen die Fürsten ungeheure Summen vom deutschen Volk. Das darf das deutsche Volk nicht zulassen. Stadtoberordneter Genosse Weitz schilderte, wie das gesamte Bürgerum nichts gegen die Abfindung der Fürsten unternimmt, aber desto mehr über die vielen Steuern klagt. Die Arbeitlosen verlangen Arbeit und Brot, erhalten aber nur eine geringe Unterstützung, die Fürsten aber stellen unerschämte Forderungen. Folgende Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme: Bürgerinnen und Bürger der Stadt Anseburg erheben schärfsten Protest gegen die schamlosen Forderungen der deutschen Fürsten. Sie fordern dagegen vom Reichstag die Verabschiedung eines Gesetzes, wonach das gesamte Vermögen der Fürsten beschlagnahmt wird, zur Linderung der sozialen Not, die unser Volk heimsucht. Nach dem Hinzug durch einige Straßen der Stadt löste sich der Zug auf.

Montag. Einstellung von Arbeitern. Am Montag wurde der Betrieb auf der Reigenfabrik in bescheidenem Maße wieder aufgenommen. — **Vortrag.** Studententrat Dr. Langfuß hielt am Sonnabend einen Vortrag über „Die Kunst, Geld zu machen“, in dem er sich nicht nur in technischer Hinsicht über dieses Problem verbreitete, sondern der auch einen starken kulturhistorischen Einschlag hatte. Leider war der Vortrag nicht so besucht, wie er es verdient hätte. Veranstalter des Abends war der Beamtenbund. Es macht keinen guten Eindruck, wenn man als Wanderschmied die Fahne des Kaiserreiches vorfinden muß. — **Genosse Walter Franz** beging am Sonnabend seinen 60. Geburtstag. Es fehlte nicht an mancherlei Ehrungen für unsern alten Kämpfer, der trotz seiner jahrzehntelangen Blindheit noch immer in vorderster Reihe seinen Mann steht. Seit 1890 arbeitet er im Dienste und im Geiste der Partei. Wir wünschen dem unermüdeten Parteigenossen, daß er seiner Familie und der Partei noch recht lange gesund und kampfesfreudig erhalten bleibt. — **Kommunistendemonstration.** Am Sonntag demonstrierten die Kommunisten durch einen Hinzug und eine Rede auf dem Markte gegen die Fürstenabfindungen. Der Zweck ihrer öffentlichen Aufklärung verpuffte, da sich keine Zuhörer eingefunden hatten. — **Von der Feuerwehr.** Endlich hat die Feuerwehr eine Trocknungsanlage für ihre Schläuche erhalten. Auf dem Schulhofe ist neben dem Steigerturm aus Holz ein 14 Meter hohes luftiges Bauwerk geschaffen worden, in dem die Schläuche schnell, bequem und ohne Beschädigungen getrocknet werden können. Damit hat die Bereitschaft der Feuerwehr an Schnelligkeit und Zuverlässigkeit bedeutend gewonnen.

Mittwoch. Partei-Versammlung. Am Sonnabend sprach der Kreisabgeordnete Genosse F. J. über die augenblickliche politische Lage. Reichsrat wurde dem Genossen F. J. für seine vorzüglichen Ausführungen zuteil. Mit überzeugender Deutlichkeit hat er klargestellt, daß die Fraktion ja und nicht anders handeln konnte. Auf einige Fragen von Parteigenossen erteilte Genosse F. J. erschöpfende Auskunft. — Gleichzeitig wurde in der Versammlung die Neuwahl des Vorstandes des Ortsvereins vorgenommen. Es erfolgte einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Mit einigen anfeuernden Schlussworten des ersten Vorsitzenden, weiterarbeiten im Sinne der Ausführungen des Genossen F. J., wurde die interessante Versammlung geschlossen. Der Termin der Partei-Generalsammlung wird noch bekanntgegeben.

Eisenhut. Die Genossenschaftsbewegung in unserm Orte zeigt, daß Teile der Arbeiterschaft die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine noch nicht erkannt haben. Überall finden gegen den Geschlechtsverkehr in den Preisabbauprotokollen der Kleinwerbetreibenden und Kleinhandlärer statt. Gerade die organisierte Arbeiterschaft weiß am besten, daß dieser Geschlechtsverkehr vollkommen unzulänglich ist, und wenn er Gesetz werden sollte, in seiner jetzigen Gestalt keine Linderung der wirtschaftlichen Notlage bringen kann. Wenn man aber die Berichte über diese Preisabbauprotokolle liest, so zeigt sich die ganze arbeitserniedrigende Einstellung, die der „Mittelstand“ einnimmt. Anstatt zu verlangen, daß am Quell der Preisbildung, in der Rohstoff- und Schwerindustrie, durch gesetzliche Festsetzung der Preise vorgegangen wird, schimpft man über die Sozialdemokraten und über die Republik. Kein Wort der Entzückung hört man über den größten Stempel der Weltgeschichte, die Fürstenabfindung. Man muß deshalb zu der Annahme neigen, daß diese Kleinwerbetreibenden und Kleinhandlärer mit den Forderungen unserer ehemaligen „Landesväter“, die uns mit ihren Wäntzen „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt haben, und mit der Heuzugung des Herrn Gieckel auf der letzten Gemeindevorstandssitzung einverstanden sind, daß man den „angekommenen“ Herrscherhäuser ihr „Eigentum“ geben müßte. Die Entwicklung der Genossenschaften könnte eine ganz andere sein, wenn die arbeitende Bevölkerung und in erster Linie die Arbeiterfrauen erkennen wollten, daß sie zum Kaufen im Konsumverein als Mitglied der Arbeiterklasse auch eine moralische Verpflichtung haben. Darum hinein in den Konsumverein, denn euren Bedarf nur dort.

Förderfest. Generalsammlung der Partei. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende, Genosse D. Bergling, durch eine Ansprache unsern Genossen Antzwarischer Friede zu seinem 25jährigen Parteijubiläum. Es folgte ein Prolog, gesprochen von Fräulein Bergling. Der Jubilar dankte und sprach den Wunsch aus, daß die Parteiorganisation am Orte wie bisher ein Hort der Gerechtigkeit sein möge. In einem interessanten Vortrag schilderte Landtagsabgeordneter Genosse Kasten Locarovertrag und Regierungskrisis und die Stellung unserer Partei dazu. Eine Aussprache wurde von den Mitgliedern nicht gewünscht. Dann fand einstimmig die Wiederwahl der Gesamtwahl statt. Das zeigt davon, daß die Mitglieder der örtlichen Bewegung mit der Arbeit ihrer Funktionäre zufrieden sind, was Genosse D. J. zum Ausdruck brachte. Am Sonnabend den 23. Januar, abends 8 Uhr, findet in der „Linde“ abermals eine Versammlung statt, um in unserm Orte eine sozialistische Arbeiter-Jugendbewegung ins Leben zu rufen. Zu dieser Versammlung müssen alle Eltern mit ihren schulpflichtigen Kindern erscheinen. Das Referat an diesem Abend hat der Jugendgenosse Kertel aus Staffort übernommen. Der Kolporteur Genosse Heinrich Wunderling gab den Bericht von der Parteipresse. Er tat sich seine Ausführungen mit der Aufforderung, in der Parteilinie zur Gewinnung neuer „Vollstimme“-Leser nicht zu erlahmen. In der Diskussion sprachen die Genossen Friede, Weide, Schulze, Lorenz, Pfeiffer, G. Meier und Hermann Wunderling. Ihre Ausführungen waren sachlich und wirkten belehrend. Genosse Kasten gab als Mitglied der Pressekommission noch einige Ausführungen über die Organisation unserer Parteipresse. Mit dem Hinweis darauf, daß das 25jährige Bestehen des Ortsvereins in nächster Zeit noch festlich begangen wird, wurde die Versammlung geschlossen.

Orsz-Salze. Die Frauen der Arbeiterwohlfahrt treffen sich am Mittwoch um 1/2 12 Uhr in Solles Gesellschaftshaus. Auch die Frauen und Parteigenossinnen, die noch nicht der Arbeiterwohlfahrt angehören, sind willkommen.

Überburg. Trinkwassermangel. Seit mehreren Jahren leidet unser Ort unter einer schlimmen Trinkwassermangel. Die umliegenden Bergbau betreibenden Betriebe haben das Wasser dem Orte entzogen, so daß nur noch einige Brunnen Wasser geben. Das Wasser, das sie noch spenden, ist aber schon ziemlich unrein. Seit Jahren ist nun die Gemeindevertretung bemüht, dem Mangel abzuwehren, aber die wasserentziehenden Werke weigern sich, Zahlung der Entschädigung zu leisten. Auch der Staat scheint unserm Orte nicht helfen zu wollen, angeblich aus Geldmangel. In einer Zeit, wo den Fürsten Millionen nachgeworfen werden sollen, müßte doch auch Geld da sein, um eine Gemeinde von 4400 Köpfen vor Trinkwassermangel zu schützen. Vor Jahresfrist wurde nun ein Zweiverband zur Wasserversorgung gebildet. Dieser hat schon viele Sitzungen abgehalten, aber irgendein greifbares Ergebnis noch nicht erzielt. Am Donnerstag den 21. Januar soll nun eine Gemeindevertreter-Sitzung stattfinden, in der eine Deputation an den preussischen Ministerpräsidenten gewählt werden soll mit der Aufgabe, zu veranlassen, daß die Schuldigen den freihändigen Zustand der Wasserversorgung wiederherstellen oder Ersatz leisten. Es wird höchste Zeit, denn zu verwenden wäre es nicht, wenn durch das schmutzige Trinkwasser Epidemien ausbrechen würden, oder daß bei einem Großfeuer kein Wasser zum Löschen da wäre. Wir wünschen der Deputation im Interesse der gepflegten Einwohnerschaft einen vollen Erfolg.

Schönebeck. Volkswirtschaft. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit wird die Not der Bevölkerung immer größer. Die Wirkung ist auch in der städtischen Volkswirtschaft zu spüren, denn in den letzten Wochen ist ein starker Zugang zu verzeichnen, so daß täglich bis zu 270 Liter Essen verausgabt werden. Eine ganze Anzahl Durchreisende können mit gespeist werden. Um es auch großen Familien möglich zu machen, das Geld für das Volkswirtschaftliche zahlen zu können, hat der Magistrat den schon billigen Preis für das Essen auf 20 Pfennig pro Liter und wöchentlich herabgesetzt, so daß zum Beispiel eine Familie, welche täglich 5 Liter Essen holen würde, die ganze Woche nur 1 Mark zu zahlen hat. Bis zu 120 Personen bekommen täglich das Essen unentgeltlich. Am einmal einen Ueberblick in der Öffentlichkeit über die wohlthätige Einrichtung, deren Sparbarkeit und über den Gang des Betriebes zu geben, sei hier folgendes gesagt: Täglich wird durch einen städtischen Beamten, welcher über die Schlüssel verfügt und für die Lager die Verantwortung trägt, das Material für die täglich zu kochenden Portionen herausgegeben. Der Kartoffelbedarf ist im Durchschnitt täglich 2 1/2 Zentner im rohen Zustand; bei einer Maßigkeit Hülsenfrüchte werden etwa 53 bis 54 Pfund Bohnen, Erbsen oder dergleichen gebraucht. Fleisch und dergleichen wird noch von mehreren Fleischern geliefert. Wenn auch ständige Lieferanten abgegeben sind, so wird es doch möglich gemacht, das Essen so zuzubereiten, wie es sich gehört. Dazu werden zwei große Kessel benutzt, welche eine Köchin zu versehen hat und die die ganze Verantwortung trägt. Der ganze Betrieb ist so sparsam eingerichtet, daß nur die Köchin wöchentlich entschädigt wird, während alle andern Arbeiter Schalen von Kartoffeln, Mohrrüben, Kohlrüben usw. von acht erwerbslosen Arbeiterinnen täglich 3 Stunden durch Pflichtenarbeit geleistet werden. Nach Zubereitung des Essens erfolgt mittags um 12 Uhr unter Aufsicht eines städtischen Beamten die Essensausgabe. Innerhalb 1/2 Stunde ist die ganze Ausgabe erfolgt. Die Säuberung der Küche wird sofort vorgenommen. Reinlichkeit, ja peinliche Sauberkeit herrscht in der Volksküche, was jeder, der den Betrieb kennt, bestätigen wird. Bei der wirtschaftlichen Not geben die Spenden nicht so reichlich ein, wie es im Interesse des großen Hilfsbedarfes notwendig wäre. Jeder, der in der Lage ist, für die Volksküche etwas zu spenden, sollte das tun. So hat die Firma Reinhold Sieber, Warther Tor, 1/2 Tonne Gerste, und 3 Zentner Suppe, die Firma Julius Mann ein Raummeter Holz, die Firma Dümmling 10 Zentner Kohlen, und Gustav Bohnefeld mehrere Zentner Holz gespendet. Für die unentgeltliche Lieferung des Salzes sorgen die Firmen Schindener und Dorsch, Breiter Weg. Hoffen wir, daß die Volksküche durch weitere Opferwilligkeit noch mancher armen Familie über die schlechteste Zeit hinweghelfen kann.

Staffort. Der Fall Rohrlisch. Kaum ist der Fall Gene aus dem Tagesgespräch verschwunden, taucht der Fall Rohrlisch auf. Ob zwischen beiden ein innerer Zusammenhang besteht, ist zurzeit noch unbekannt. Oberbergat Rohrlisch war nach Gründung des anhaltischen Kongress unter der Firma Anhaltische Salzwerke G. m. b. H., dessen erster Leiter, dem Praefessor Dr. Gene und Oberregierungsrat Sinnemann als zweiter und dritter Direktor zur Seite standen. Außerdem und im Zusammenhang damit war Rohrlisch auch Direktor der Anhaltischen Salzwerksdirektion und auf seinen Amtsantritt waren weitgehende Hoffnungen gesetzt worden. Auch diese Hoffnungen haben zu einer bitteren Enttäuschung geführt, denn Rohrlisch ist ganz plötzlich schwer erkrankt, hat seine Entlassung aus dem anhaltischen Staatsdienst und Beurlaubung bis zum 30. Juni erbeten. Dieser Bitte ist sofort entsprochen worden. Auch Gene ist seiner direktorialen Stellung entkleidet und zum chemischen Chefberater — aufgerückt. Demnach ist Oberregierungsrat Sinnemann nun alleiniger Direktor des Kongress und wird es auch bleiben, man baut hier endlich einmal auch an den hohen Stellen ab. Wie belautet, dürfte er auch mit der Leitung der Salzwerksdirektion in Dessau betraut werden. — Daneben sei bemerkt, daß die „Sülze“ wieder auf ihre frühere Produktion umgestellt wird. — Einem öffentlichen Vortrag über die „Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Freiheit“ (Reichsbanner, Friedensgesellschaft, Reichsbund der Kriegsbeschädigten) am Mittwoch abends 8 Uhr im Klingischen großen Saale. Redner ist der Generalsekretär der deutschen Friedensgesellschaft, Genosse Seger (Berlin), der über das Thema „Deutschlands Zukunft im Völkerverband“ sprechen wird. — Als Stadtrat bestätigt ist der Zimmerer K u s m a n n, der der kommunistischen Partei angehört, und von dieser zum Stadtrat gewählt ist. Damit erhält die kommunistische Partei den ihr zustehenden zweiten Magistratsitz und der Magistrat wird damit endlich vollzählig. Die Einführung Kusmanns erfolgt in der heutigen Sitzung der Stadtoberordneten.

Stadtkreis Wittenberg.

Ein Straßenmeisterhaus will die Provinzialverwaltung an der Ecke der Abzweigung von der Emsleber Straße nach Westdorf errichten. Die Stadt soll dafür einen Bauplatz gegen Bezahlung zur Verfügung stellen. Die nächste Stadtoberordneten-Sitzung wird sich mit der Sache beschäftigen.

Ein Autoszusammenstoß ereignete sich am Sonnabend an der Kreuzung Hohe Straße-Markt-Str. Es blieb zum Glück nur bei Materialschaden, Personen wurden nicht verletzt.

Mittwoch.

Gardelegen. Frauabend am Mittwoch den 20. Januar, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Schmidt (Reichsrene).

Vermerstage. Unter dem Eis ertranken. Als mehrere Knechte des Ritterquits Gehlgen Horn nach dem Fährweg fuhren, gingen zwei, die wegen der Kälte vom Wagen gestiegen waren, auf das Eis, das sich nahe der Straße an der alten Durchbruchstelle der Elbe bei Rammenberg befindet. Ploßlich brach die Eisedeckel. Der eine davon versank an der Durchbruchstelle, die dort 15 Meter tief ist, geriet unter das Eis und kam nicht wieder zum Vorschein.

Osternburg. Frauabend der neugegründeten Frauengruppe am Donnerstag den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Wonne (kleiner Saal). Ein Referent ist zur Stelle. Genossinnen, bringt Bekannte mit.

Salzwedel. Ein Frauenabend findet am Donnerstag abends 8 Uhr bei Kollé statt. — Zwei Wanderversburzeu

wurden wegen Diebstahlsverdachts von der Polizei in der hiesigen Gerberge festgenommen, da sie Zigarren und Zigaretten weit unter Preis vertrieben. Es stellte sich heraus, daß die beiden die Waren bei einem Kaufmann in Bergen erschwindelt hatten. — Auf dem Fundbureau wurde ein Schlüssel zu einem Sicherheitschloß abgehoben. Er kann dort vom Eigentümer abgeholt werden.

Zangermünde. Partei-Generalsammlung am Donnerstag den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Genossenschaft.

Stadtkreis Stendal.

Generalsammlung der Partei. In der stark besuchten Versammlung widmete Genosse Ripke dem verstorbenen Genossen Poignon ehrende Worte der Anerkennung für seine Verdienste um die Arbeiterbewegung. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Wader (Magdeburg) über die politische Lage und die Regierungskrise. Er schilderte die Gründe, die für und gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an der großen Koalition sprechen. Am unsere Forderungen durchzuführen, müssen wir eine starke, festorganisierte und zielbewußte Arbeiterschaft haben. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Treumann, Trumpp, Schulz und Martin. Im Schlusswort ging Genosse Wader auf die Volksabstimmung gegen die Fürstenabfindung ein. — Genosse Ripke erstattete dann als Vorsitzender einen ausführlichen Geschäftsbericht. Es muß hervorgehoben werden, daß eine Lautheit bei den Mitgliedern eintritt. Deshalb müssen alle mitarbeiten bei der Festigung der Mitglieder. Die Zahl unserer Anhänger ist ganz erheblich gestiegen, was ein neuer Ansporn für eine lebhaftere Agitation sein muß. Anregungen und Winke zur Werbung gab Treumann. In Schulungskursen für Helfer der Partei sollen die Vorarbeiten für die Partei- und Presseagitation geleistet werden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Karl Niebuhr, 2. Vorsitzender Genosse Otto Schulz, 1. Kassierer Genosse Otto Zander, 2. Kassierer Genosse Bernicke, 1. Schriftführer Genosse Otto Wietzke, 2. Schriftführer Genosse Walter Schönecker, Beisitzer die Genossen Hinz und Endt und die Genossinnen Mühl und Bräutigam, Revisoren die Genossen Gädike und Kallert. Dem bisherigen Vorsitzenden Genosse Ripke, der seiner Arbeit wegen unsere Stadt verlassen muß, wurde von der Versammlung der Dank für seine Arbeit ausgesprochen.

Zum Ergleber Nord. Vom Regierungspräsidenten sind 750 Mark Belohnung für die Ergreifung des zweiten Täters beim Ergleber Nord ausgekehrt worden.

Aus den Gerichtssälen.

Vom Stendaler Schöffengericht.

Verleitung zum Meineid. Die Hausangestellte Gertrud Sch. aus Müllhausen ist angeklagt. Der heutigen Verhandlung ging ein Klimentenprozeß voraus, der 1925 in Stendal stattfand. Im Klimente für ihr Kind zu erlangen, suchte sie den damaligen Zeugen Str. zu bewegen, für sie auszusagen, auch hat sie ihn schriftlich dazu aufgefordert. Jetzt bekennt die Angeklagte, nicht gewußt zu haben, daß die Aussagen des Zeugen unter Eid genommen werden. Wegen Aufforderung zum Meineid wurde sie zu der Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Jedem das Seine. Der Kaufmann Albert K. aus Zangermünde, seine Ehefrau und der Kaufmann Hermann K. aus Magdeburg erstanden alle drei ein Darlehen in Magdeburg. Diefentant war der Kaufmann Hermann Neumark aus Berlin. Als sie eine größere Bestellung gemacht hatten, verlangte der Diefentant Deckung. Der Angeklagte K. erklärte darauf, er habe ein schuldenfreies Grundstück in Zangermünde. Es stellte sich aber heraus, daß das Grundstück der Ehefrau gehörte. Das Gericht hielt die Angeklagten K. und K. des Betrags für überführt und verurteilte jeden zu 3 Monaten Gefängnis, die Ehefrau K. wurde freigesprochen, weil sie sich der strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen ist.

Ein Sittlichkeitsverbrecher. Der Knopfmacher Kurt K. aus Gardelegen soll im Dezember an einem 14jährigen Kind unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Er wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 3 Monate der Strafe wurden mit einer Bewährungsfrist auf die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt.

Belstahl. Der Arbeiter Wilhelm B. in Stendal, geboren 1864 in Zangermünde, soll im November 1925 dem Händler B. aus Stendal einen Belz entwendet haben. Er ist gefänglich, will aber angekränkt gewesen sein. Das Gericht erfernt unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf 4 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist auf 3 Jahre.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Groß-Salze. Mittwoch 8 Uhr Gruppenversammlung der Kameradschaft, Donnerstag der Jungmannschaft im „Branhof“.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Voranmeldung, die Höhe 30 Pfennig, aufgenommen. Burg. Fraktionsführung am Mittwoch bei Polmann. 122 Burg. Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Zentralhalle“. Erscheinen Pflicht. 123

Wasserstände.

+ bedenkt über, — unter Null			
Elbe.	Soll	Wulde.	Soll
Hamburg	18. 1. + 0,36	Düben	18. 1. + 0,70
Brandeb.	+ 0,87	Eintritt und Saale.	
Melmitz	+ 0,52	Großh.	18. 1. + 1,70 0,16
Reimerts		Proßlitz	+ 1,70 0,10
Wulst	+ 0,71	Brandenburg	+ 2,10
Preußen	+ 0,67	Salze Oberpegel	+ 1,50 0,16
Torgau	19. 1. + 1,48 0,04	Salze Unterpegel	+ 1,73 0,23
Wittenberg	+ 2,64	Grizshie	+ 1,74 0,20
Höfau	+ 1,99 0,09		
Afen			
Harz	+ 2,36 0,17	Brandenburg	
Magdeburg	+ 1,72 0,30	Derevege	18. 1. + 2,40 0,06
Zangermünde	18. 1. + 3,53 0,37	Brandenburg	
Wittenberg	+ 3,87 0,23	Unterpegel	+ 1,53 0,02
Leipzig		Kathenow	+ 1,74 0,06
Wittenberg	+ 3,53 0,17	Derevege	
Waldau		Kathenow	
Waldenburg		Unterpegel	+ 1,40 0,03
Hohentorf	+ 3,71 0,27	Havelberg	+ 4,00 0,13

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Aussichten für Mittwoch: Meist trübes Wetter mit Schneefällen und gefühendem Frost. — (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Guttschein

aus der „Vollstimme“, Magdeburg. Nur gültig bis 31. Januar 1926.

Gegen Ablieferung dieses Guttscheines verabfolgt die nächste Futrol-Verkaufsstelle eine Proberation Futrol-Fußbad zu Versuchs zwecken gratis. Dieser Schein hat den Zweck, jeden Zweifler von der Vorzüglichkeit der vielmillionenfach bewährten Futrol-Präparate zu überzeugen. Die Güte des Futrol-Fußbades bürgt für die Güte der anderen Futrol-Erzeugnisse.

Futrol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Explosionskatastrophe in Moabit.

Berlin ist am Montag in den frühen Morgenstunden Schauplatz eines schweren Unglücks gewesen, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. In dem Hause Kirchstraße 9 in Moabit erfolgte etwa um 6.30 Uhr, wie wir schon meldeten, eine Explosion, die einen großen Teil des Hauses zerstörte und auch Menschenleben vernichtete. Folgende Einzelheiten über das Unglück liegen vor: Heute morgen um 6 1/2 Uhr erkante in der Kirchstraße eine furchtbare Detonation. Sekundenlang hörte man das Klirren zerplitterter Scheiben, das Niederstürzen von Holz-, Eisen- und Steinenteilen und Schmerzenschreie. In dem Hause Kirchstraße 9 war in den Partieräumen eine Benzol- oder Gasexplosion erfolgt, die einen Teil des Hauses vom Erdboden bis zum Dachgeschoß völlig zertrümmerte. Mauern stürzten ein, Fußböden, Möbel, Betten, Bilder und Hausrat mit den Bewohnern wurden

aus vier Stockwerken mit-in die Tiefe gerissen und teils unter den Trümmern begraben, teils auf die offene Straße geschleudert. Wenige Minuten später erschien bereits eine große Anzahl Wagen des städtischen Rettungsdienstes sowie mehrere Böschzüge der Feuerwehr, die sich sofort, soweit das im Bereich der Möglichkeit lag, daran machten, die Schwerverletzten zu bergen. Der ausgebrochene Brand konnte bald gelöscht werden. Den Rettungsbeamten bot sich ein schreckliches Bild. Zwischen zentnerschweren Eisenträgern, Balken und großen Steinmassen lagen die um Hilfe schreienden Verletzten. Sofort erfolgte der Abtransport der Schwerverletzten in das Moabiter Krankenhaus, wo etwa 35 Personen eingeliefert wurden. Neun der Schwerverletzten, die

bis zur Unkenntlichkeit verkrüppelt waren, starben kurz nach ihrer Einlieferung. Acht weitere Schwerverletzte schwebten in Lebensgefahr. Etwa 20 Leichtverletzte konnten nach Anlegung von Verbänden und Erteilung der ersten Hilfe aus dem Krankenhaus wieder entlassen werden. Zwei Automobile, die auf der anderen Seite in der Nähe des Unglücksortes hielten, wurden auf den Bürgersteig geschleudert und eins davon total zertrümmert. Die Chauffeure erlitten zwei blutende Kopfverletzungen und konnten gleichfalls nach Anlegung von Verbänden aus dem Krankenhaus entlassen werden. In den ersten Nachmittagsstunden wurden die Mannschaften der Feuerwehr abgelöst. Vor allem mußte man die Berge von Schutt, die neben dem Hause lagen, abtragen, weil unter den Massen noch mehrere Leichen liegen sollten. Es ist anzunehmen, daß die Feuerwehr diese Arbeit erst am Dienstag vollenden kann, so daß also zurzeit die genaue Zahl der Toten noch nicht angegeben werden kann.

Zu den neun tödlich verunglückten Personen dürften leider noch mehrere Opfer kommen. Die augenblicklich bei der Polizei als vermißt gemeldet sind. Es handelt sich um vier Bewohner des Hauses, die trotz eifriger Bemühens der Rettungsbeamten weder auf ihrer Arbeitsstelle noch in Krankenhäusern aufgefunden werden konnten. Eine Raufenwandlung hat in den Vormittagsstunden nach der Stätte der Katastrophe eingesetzt. Schutzpolizei hat die Kirchstraße in ihrer gesamten Ausdehnung abgesperrt und läßt nur nach strengster Kontrolle Presse und Beamte durch. Der Druck der Explosion muß ein furchtbares gewesen sein. Kein Haus in der Kirchstraße, dessen Scheiben nicht zertrümmert sind. Es ist ein jeltun unheimlicher Anblick, der an die Bilder der Kriegsräucher mahnt, wenn Feuerströme an Fensterkreuz mit zägen Glasplittern besetzt ein Beispiel der Schwerkraft der Explosion bieten. Die Explosion, die im Partier erfolgte, hat

die ganze Hausfront angesetzt und bis ins Innerste blügelte. Wie ein zum Tode verurteiltes Tier, dessen Oberen der unarmherzige Bürger freigelegt hat, sehen die Zimmerwände der einzelnen Stagen, dem Blide vollständig frei. An Balken hängen noch Käsestücke. Die Bergungsarbeiten sind unerhörlich schwierig, da mit immer neuen Einsparungen gerechnet werden muß. Die Decke im vierten Stock hängt frei, und es sieht aus, als ob sie jeden Augenblick zusammenbrechen sollte. Unter den 3 bis 4 Meter hohen Steintrümmern vermißt man noch etwa zehn Verunglückte. Natürlich wird auf der Straße Gerucht auf Gerucht fortbortiert. Selbst die Vermutungen schweben auf, um sofort als Lausche mit Leidenschaft debattiert zu werden. Da spricht einer von Explosionsstoffen, der andre will etwas ganz Mythisches gehört haben. Die Ursache der Katastrophe ist durchaus ungeklärt. Bei dem Unglück hat sich

eine fast wunderbare Rettung abgepielt. Das Ehepaar Höder, das im dritten Stock wohnte, war wenige Minuten vor der Explosionskatastrophe angekommen und hatte das Schlafzimmer verlassen. Als die Scheibe nach der Explosion das Schlafzimmer wieder betreten wollten, sahen sie nur einen gähnenden Schacht vor sich. Das vierjährige Kind war in seinem Bettchen drei Stockwerke tief hinuntergefallen und fiel auf ein auf einem Schutthaufen liegendes Sofa, so daß es glücklich davonkam. Die genervte Dienstmagd des Hauses irrte nach Stundenlang in den Straßen nach, um festzustellen, wo ihre Angehörigen geblieben waren. Von den Hausbewohnern waren nur ganz wenige vermißt.

Was eine Gerichte erzählt: Über die Explosion gab eine der Gerichte, eine mit ihren Kindern auf dem Hofe parkende mozzende Frau Franz, folgende Auskunft: Wir hatten morgen gegen 6 Uhr schon, als mein Mann ausging, in der Wohnung einen leichten Gasgeruch wahrgenommen, jedoch nicht als gefährlich empfunden, da wir dieser Gasgeruch kommen konnte. Mein Mann hatte gegen 7 1/2 Uhr das Haus verlassen, als ich mich mit den Kindern noch einmal küßelte. Dann war ich im Hof, als ein furchtbarer Knall erkante. Im nächsten Augenblick flog im Zimmer alles durcheinander. Die eine Hand war plötzlich weg, und mir selbst fliegen Scherben umher. Ich schrie laut und schrie, und ich sah mich wieder, als ich in einem Leben schwebte, und ein Feuerwerkman mir gut zuhörte und mir mitteilte, daß mein Mann in das Krankenhaus Rudi Scholl gebracht sei.

Das Schicksal der übrigen Hausbewohner ist ein ähnliches gewesen. Nach Stunden nach der Katastrophe war kaum ein Geruch mehr zu riechen, und die Gerüche des Rauches waren fast vollständig abgeblieben. In den Straßen nach und nach wurden die Angehörigen gefunden, ob alle gerettet oder nicht, ist nicht bekannt, in welchen Krankenhäusern sie aufgenommen werden sollten. Feuerwehr und Polizei suchten sofort nach den Verunglückten, um die Leichen zu bergen.

Recher die Entschuldigungsfrage des Regiments kann auch jetzt noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Da sich der Möglichkeit eines Verhältnisses auf irgendwelcher Seite gemeldet werden muß, wurde im Auftrag der Staatsanwaltschaft eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Es

haben sich eine ganze Reihe von Zeugen gemeldet, die in der letzten Zeit in dem vom Unglück betroffenen Hause einen starken Gasgeruch wahrgenommen haben. Einige Bewohner hatten sich deshalb auch an den Portier Langer, der bei dem Unfall selbst schwer verletzt wurde, gewandt, und um Abhilfe gebeten. Der zuständige Gasrevisorinspektion ist aber von dieser Bestätigung keinerlei Meldung gemacht worden, so daß eine Reparatur eines defekt gewordenen oder fehlerhaften Gasrohrs in den letzten Tagen vor dem Unfall in diesem Hause vorgenommen wurde. Niemand stellt fest, daß in der Wohnung des Seifenhändlers Mahns im Erdgeschoß des Vorderhauses, wo der Herd der ganzen Katastrophe gelegen hat, am 5. Januar Gasarbeiter den Anschluß der Gasleitung sperrten, da Mahns die Wohnung und den Boden mit elektrischer Beleuchtung hatte versehen lassen. Es muß bei der Festigkeit, mit der die Explosion erfolgte, angenommen werden, daß tagelang Gas ausgeströmt ist, das sich in den Stellerräumen sammelte und später in das Erdgeschoß durchgedrungen ist. Hier wird in dem Boden des Seifenhändlers Mahns die Explosion erfolgt sein, die noch dadurch verstärkt wurde, daß an dieser Stelle weitere explosive Stoffe, wie Benzol und Petroleum lagerten. Nur dadurch ist es zu erklären, daß die Explosion so schwere Folgen hatte.

Die Aufräumungsarbeiten dauerten während des ganzen Nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit fort und einige bedrohlich herabhängende Balken und Mauerreste wurden noch zum Abbruch gebracht. Gegen 10 Uhr wurde dann unter den größten Schwierigkeiten die Leiche des Seifenhändlers Mahns geborgen, dessen beinahe bis zur Unkenntlichkeit verkrüppelte Leiche aus dem hinter dem Boden stehenden Zimmer geholt wurde. Wegen der einbrechenden Dunkelheit und der immer größer werdenden Einsturzgefahr mußten die Feuerwehrlente die Aufräumungsarbeiten unterbrechen. Viele Glaser- und Reparaturwerkstätten haben sich beinahe in jedem Hause aufgesetzt. Hierin waren Balken- und Fensterrahmen geschafft worden, die von den Gläsern mit neuen Scheiben versehen wurden. Auch auf der Straße, an den Schaufenstern bot sich dasselbe Bild, und geschäftige Hände waren dabei, die zerstörten Schaufenster mit neuem Glase zu versehen. Beim städtischen Rettungsdienst haben sich verschiedene Personen gemeldet, die den Schicksallosen Unterstützungsmöglichkeiten und Kleidungsstücke zur Verfügung stellen wollten.

Kleine Chronik.

Eine verwickelte Eheirung. Vor der Mannheimer Strafkammer hatte sich dieser Tage wegen Kuppelerei ein Dreher zu verantworten, der gegen eine Abfindung von 150 Mark seine Frau einem Hausfreund, einem übrigens gleichfalls verheirateten Händler, unter Übernahme der Verpflichtung abgetreten hatte, die eheliche Wohnung nicht mehr zu betreten. Es war die zweite Ehe des Mannes, die erste war geschieden worden, und nun kehrte der Dreher zu seiner ersten Frau zurück, die inzwischen sich gleichfalls verheiratet hatte. Nach einiger Zeit nahm er in dessen die Beziehungen zu seiner zweiten Frau wieder auf, wobei er anrückte, sobald der Nachfolger, der Händler, wieder auftauchte. Um den Schwierigkeiten ein Ende zu machen, ernannte man sich auf folgenden Plan: Der Dreher löst sich von seiner zweiten Frau, seine erste Ehe wieder her, während der Hausfreund nach Lösung seiner Ehe die ihm abgetretene Frau des Dreher heiratet. Nicht nur noch übrig, die geschiedene Frau des Hausfreundes mit dem geschiedenen zweiten Mann der ersten Frau zusammenzubringen. Bevor es aber soweit kam, wurde gegen den Dreher wegen des Verkaufs seiner Frau Anklage erhoben und das Schöffengericht erkannte wegen Kuppelerei auf 6 Monate Gefängnis. Die Strafkammer bestätigte diese Klage.

Den Hals durchgeschnitten. Ein Metzger in Aresfeld hat seiner Frau, die auf dem Standesamt zur Eheschließung nicht erschienen war, in ihrer Wohnung kurzerhand den Hals durchgeschnitten. Der Mörder wurde verhaftet.

Minutal auf den Leiter einer Erziehungsanstalt. Auf den Direktor der hiesigen Erziehungsanstalt in Flehingen, Professor Dr. Gregor, wurde ein Attentat unternommen, vermutlich von einem früheren Jüngling. In der Wohnung des Direktors erschien ein junger Mann und bat, mit ihm nach der Turnhalle zu kommen. Auf dem Wege von seiner Wohnung zur Turnhalle, der ins Freie durch einen Laubengang führt, wurde der Direktor plötzlich durch zwei Dolchschläge in die linke Brustseite und in den Rücken von einem andern jungen Manne, der anscheinend auf der Lauer lag, lebensgefährlich verletzt, so daß er zum Tode verurteilt an seinem Wiederaufkommen. Die Täter sind spurlos entkommen.

Ein Bierkrieg. In Bayern ist eine Hoch- und Staatsaktion wegen der Senkung des Bierpreises um 2 Pf. pro Liter ausgebrochen. Die bayerische Staatsregierung hat durch Verhandlungen mit dem Bayerischen Brauerbund diese Ermäßigung erreicht. Man verbot die bayerischen Brauer die Garwürze zur Trägung der Hälfte der Bierpreissteigerungen zu veranlassen. Sie beschloßen aber einstimmig, die Kosten der Bierpreissteigerung nicht zu tragen. Ob die bayerische Regierung ohne Erklärung des Ausnahmestandes über die Kräfte hinwegkommt, wird die Zukunft zeigen.

Ein harter Zeig. Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß Anton Hettner mit seinem „Kotor“ und seinem gesellosen Gesellschafter die Herzen aller Deutschen in Bewegung setzte. Auf der Rückreise wurde der Kotor-Effekt demonstriert. Man sah die „Kotor“ auf ihrer ersten Fahrt und den Erfinder zusammen mit Götner und Joppelin als das Muster eines deutschen Mannes. Hettner spielte die Nationalhymne dazu. Dann fuhr die „Kotor“ durch den Kanal, und alle Räder berichteten von der Fahrt und stürmischen Fahrt. Plötzlich wurde es ganz still. Die „Kotor“ erschien in nordischen Hosen und machte neuerdings für sich Reklame, die sie allerdings etwas gewußt von sich gab. Denn auf Hettners Windkrafttrieb hatte man einen anderen Namen herangezogen, die sonst bei aller Reklame nicht gekommen wären. Es gab Krach. Die Hafenpolizei rief ein, die „Kotor“ zog ab, und die Dreie berührte von einem höchst peinlichen Skandal. Jetzt geht eine kleine Klotz durch den Handelsteil der Wälder. Die Generalverwaltung der Hanseatischen Motorfabrik A.-G. streitet sich über die Einweisung der „Kotor“-Verträge. Man sagt, es sei unmöglich gewesen, für die „Kotor“ um einen einzigen Ladungsantrag zu finden. Vor einem Jahr noch fand Herr Hettner mit seiner „Kotor“ im Zenit des Ruhmes, dann stieg er trotz einer ungeheuren Reklame zur immerwährenden Langweile herab, und nun bleibt von dem großen Reize nichts als eine gehörige Blamage zurück.

Sonntag im Ant. Die Wildschweine haben in der Nacht in den letzten Jahren ungemein überhand genommen und sind zu einer wahren Plage geworden. Jetzt im Winter jagen sich die Tiere auf den Feldern ihre Nahrung, wobei sie oftmals bis an die Wohnhäuser der Ortschaften herankommen. Im allgemeinen sind die Wildschweine sehr undurchsichtig, wenn sie aber angegriffen oder gar verletzt werden, können sie den Menschen sehr gefährlich werden. Auf Weidungen der Landbevölkerung hin wurden zwei Jäger aus Kuffingen im Ant. die Jagd auf die Wildschweine auf. Zwischen Kuffingen und Gollheim wurde vom Ant. aus ein auf dem Feld gepflanztes Wildschwein erlegt. Dann wurde zu Jagd die Jagd fortgesetzt. Die Jäger mußten der Tieren nachzusehen folgen, bis sie sie zur Strecke bringen konnten. Da ereignete es sich, daß mehrere Wildschweine in die Höhe der Häuser eindrangen und, als sie keinen Ausweg mehr sahen, ihre Verfolger angriffen, die sich aber der drohenden Gefahr entziehen und die Tiere abjagen konnten.

Schneefall und Hochwassergefahr. An Unterweser und Mittel-Elbe wird infolge der nun seit 14 Tagen ununterbrochenen starken Schneefälle eine neue Hochwasserkatastrophe befürchtet, die um so größer werden dürfte, als die Ueberschwemmung auf dem platten Lande noch gar nicht restlos beseitigt war. Die Wesergegend bei Bremen stand bei Eintritt des letzten Frostes noch völlig unter Wasser, aus dem die Häuser der Parzellenbesitzer herborragten. Jetzt sind kilometerweise Eisbeden entstanden, die Winterfaat und Wiesen mit Vernichtung bedrohen und nach neuer, plötzlicher Schneeschmelze Ueberschwemmungen zur Folge haben können, die die vorhergehenden erheblich übertreffen dürften. Dazu kommt, daß infolge des plötzlichen Witterungswechsels die Wehrbauveraltungen noch nicht in der Lage waren, hinreichende Vorzüge für eine neue Katastrophe zu treffen.

Einen eigenartigen Selbstmordversuch machte in der Nacht zum Freitag ein Maschinist der Elektrizitätswerke in Stettin. Er schlich sich in die Zentrale und schaltete sich in die 40000-Volt-Linie ein, um sich zu töten. Dadurch entstand ein Kurzschluß im gesamten Werke, der erst nach mehrstündiger Arbeit behoben werden konnte. Selbstmordversuch hat der Maschinist trotz des ungeschwundenen Stromes, der durch seinen Körper ging, nicht den Tod gefunden. Er sank nur bewegungslos zusammen.

Immer wieder. In einem Hause der Baumstraße in Dortmund wollte der Reichswaldjäger Rudi Scholl, der bei seinen Angehörigen auf Urlaub weilte, seine Downingpistole reinigen und sie zu diesem Zweck entladen. Dabei wurde seine 15jährige Schwester, die neben ihm stand, von einem sich plötzlich lösenden Schusse getötet. Der junge Mann stellte sich unverzüglich der Polizei. Für die Familie ist der Vorfall um so tragischer, als der Vater Scholls erst am 9. d. M. ebenfalls einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist. — Als in der Nacht zum Sonntag der Polizeibeamte Wenechen in Duisburg mit seiner Frau nach Hause kam, wollte er seiner Revolver auf den Küchentisch legen. Nach Angabe des Beamten soll die Waffe sich hierbei entladen haben und die Kugel seiner Frau in den Kopf gedrungen sein. Die Frau war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Beamte verhaftet.

Ein Selbstmordversuch. Der Kontor des Staates New York hat um seine Entlassung gebeten, nachdem er „in freier Pflichterfüllung“ 120 Menschen vom Leben zum Tode befördert hat. Für jede Hinrichtung erhielt er 150 Dollar. Da nur etwa sechs Hinrichtungen im Jahre stattfanden, verzichtete er auf den wenig einträglichen Beruf.

Der Grans-Prozess.

Der sechste Verhandlungstag bringt zunächst noch einige Zeugenvernehmungen. Der Zeuge Groß befindet, Seidel habe ihm sein Erlebnis mit dem ermordeten Hannappel auf dem Hauptbahnhof erzählt. Der Zeuge hatte nicht den Eindruck, daß Seidel die Wahrheit sagte. Zeuge habe auch nie eine Versicherung gemacht, aus der man schließen könnte, daß er tatsächlich gar nichts gesehen hat. Zeuge Sande gibt an, er sei in seinem Stammtisch einmal mit Seidel zusammengetroffen. Dabei habe Seidel gesagt: „Ich wollte dem Grans bloß eins auswaschen. Das hätte ich auch gemacht, wenn Du wüßtest, wie gemein Grans im Gefängnis gehandelt hat.“ Ähnliche Befundungen macht ein anderer Zeuge, der Arbeiter Soller. Es folgt dann noch eine Reihe von Gegenüberstellungen mit dem Zeugen Seidel. Aussage steht gegen Aussage.

Legter Zeuge ist der Kaufmann E. aus Berlin, der seinerzeit auch in Hannover in Strafkraft war. Er hat als Friseur viel mit Haarmann zu tun gehabt. Haarmann habe bis zu seiner Verurteilung immer gesagt:

Grans wisse von allem.

Das habe er Haarmann auch geglaubt. — Damit schließt die Zeugenvernehmung. In der Nachmittagsverhandlung im Grans-Prozess erstattete Geheimrat Professor Schulze (Göttingen) sein Gutachten: Ich habe Haarmann viel untersucht und mich sehr viel mit ihm unterhalten. Er hatte zu mir zweifellos Vertrauen und nannte mich seinen Freund. Ueber Grans hat er mir ungefähr folgendes, und zwar ohne jegliche äußere Einwirkung gesagt: „Grans hat mir viele Jungen zugeführt. Er wußte, wie ich veranlagt bin. Er war böse, wenn ich Jungen mitnahm, die schlechte Klust hatten. Grans hat von allem gewußt, er hat nicht einmal, sondern öfter Leute bei mir gesehen. Er hat auch den Jungen Anweisung gegeben, wie sie es machen könnten, um mich recht „wild“ zu machen.“ Als ich ihn dann darauf aufmerksam machte, daß

Grans doch dann der Hauptfahndige sei, stützte Haarmann und sagte, zum Tode dürfe Grans nicht verurteilt werden. Der Sachverständige macht dann Angaben über eine Unterhaltung, die er mit Haarmann einige Tage vor der Hinrichtung, also nach dem neuen Geständnis hatte. Er habe Haarmann vorgehalten, daß Grans doch einmal eine Leiche in seinem Zimmer gesehen habe. Haarmann erwiderte, diese Aussage halte er aufrecht. Er stütze dann aber und sagte gleich, Grans habe das wohl getan, weil er von dem Fleibe gehört habe, das Frau Muegel zur Polizei gebracht hatte. (Grans hat bestritten, davon gewußt zu haben.) Ferner habe Haarmann bei dieser Unterhaltung noch aufrechterhalten, daß Grans ihm junge Leute zugeführt habe, weil er von seiner Veranlagung wußte. Er habe aber gleich hinzugefügt, ein Mörder sei Grans nicht, und es dürfe ihm kein Haas getrunken werden. Der Sachverständige wiederholte dann Teile seines Gutachtens über Haarmann und stellte fest, daß die nachträgliche mikroskopische Untersuchung des Gehirns Haarmanns nach dem Gutachten einer ersten Autorität

keine Anzeichen für eine Geisteskrankheit

ergeben habe. Haarmann habe ein gutes Gedächtnis, aber zweifellos auch einen Hang zum Lügen gehabt. Daraus sei aber nicht zu schließen, daß alle seine Angaben falsch seien. Wenn Haarmann auch ein Hysteriker gewesen sei, so habe er doch nicht einen Hang zum Schwindeln, wie das sonst bei Hysterikern üblich sei. Haarmann habe nicht die Fähigkeit gehabt, ganze Situationen zu erdichten und dramatisch zu schildern. Zusammenfassend erklärt Professor Schulze: Haarmann war Kathologe, aber durchaus in der Lage, richtig zu beobachten und die Wahrheit zu sagen. Medizinalrat Dr. Schadowitz (Hannover) machte als Zeuge und Sachverständiger interessante Mitteilungen über Haarmanns Verhalten vor seiner Hinrichtung.

Der Massenmörder sah fast eher freudig als ängstlich der Vollstreckung des Todesurteils entgegen und legte Wert darauf, als aufrechter Mann zu sterben. Am Tage vor seiner Hinrichtung hat Haarmann Dr. Schadowitz nochmals erklärt, daß Grans unverzüglich sei. In seinem Gutachten über den Geisteszustand Haarmanns schloß sich der Sachverständige im wesentlichen dem Urteil des Professors Dr. Schulze an.

12 Jahre Zuchthaus beantragt.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Grans wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen je 8 Jahre Zuchthaus. Beide Fälle sollen auf insgesamt 12 Jahre Zuchthaus zurückgeführt werden. Ferner sollen dem Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß das Motiv seines Handelns Gähler war, die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt werden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Handelns Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt.

Zur Blutreinigung und Aufreicherung der Körpersäfte haben sich die Segrega-Tabletten bewährt. — 1.25 und 2.00 Mk. Hof-Apothete Magdeburg, Breiter Weg 158.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Beamtenrecht in Frankreich.

Wir entnehmen der deutschen „Beamten-Korrespondenz“ folgende interessante Abhandlung des französischen Deputierten Boissard:

„Will man die rechtliche Stellung des öffentlichen Beamten in Frankreich, mit jener des deutschen Beamten verglichen, kurz und treffend bezeichnen, so genügt es, zu sagen, daß während der deutsche Beamte eine genau bezogene Stellung in der Verfassung einnimmt, bei dem französischen Beamten hieron keine Rede ist. Bei uns gibt es ein Beamtenrecht, eine Beförderungsbefugnis, und der Beamte ist sich im großen und ganzen mit seinen Rechten und Pflichten im klaren.“

Die Reichsverfassung spricht aus, daß der Beamte Beamter des Reiches bzw. seines Landes usw. ist, nie aber jener einer Partei oder Richtung. In Frankreich ist von alledem nichts vorhanden. Es gibt keine für das ganze Land gültige Regelung der Verhältnisse der Beamten. Vielmehr ist hierfür in allen Zweigen der Verwaltung der betreffende Minister zuständig, und sozusagen autoritäre Nachvollkommenheiten stehen ihm zu für die „Regelung“ der Verhältnisse der ihm unterstehenden Beamten. Selbstverständlich ist die Beamtenstellung unter solchen Umständen der Verwaltungsgewalt vollkommen ausgeliefert. Die wenigen Sondergesetze, welche für enge Gebiete des Beamtenrechts gibt, schränken in keiner Weise das Beförderungswort des Ministers ein, für den es nur nach der finanziellen Seite hin einen Rahmen gibt: die vom Parlament bewilligten Ausgaben. Dieser Zustand stammt noch aus der Zeit Napoleons, und der rechtliche Zustand ist seit 1850 vollkommen unverändert, was um so mehr ein Anachronismus ist, weil sich während dieser Jahrzehnte die öffentlichen Funktionen sowohl des einzelnen Staatsbürgers wesentlich verändert haben, als auch die des Staates Beamte erfordern, welche mehr sind als bloße Werkzeuge der jeweilig vorgezeichneten Faktoren.

Bezeichnend ist für die Auffassung, die in Frankreich den einschlägigen Rechtsgrundrissen zugrunde liegt, daß es seit 1889 ein Vereinsrecht für Arbeiter gibt, dieses Recht aber den Beamten in schärfster Weise aberkannt war, indem es strafgehehlich verfolgt wurde, daß Beamte Vereine bilden. Eine Entschliessung der Deputiertenkammer vom Jahre 1894 hat den Angestellten und Gehaltsempfängern der öffentlichen Betriebe, also nicht eigentlichen Beamten, das Gewerkschaftsrecht zuerkannt.

Wenn nun aber schon die Kammer zu Reformen Geneigtheit zeigte, war es der Senat, der sich solchen stets entgegenstemmt hat. Und so gab es seit ein halbes Jahrhundert lang an allen öffentlichen Forums, in Fachzeitschriften, im Parlament usw. eine Unmenge von Auseinandersetzungen, ausgefüllt mit den kleinlichsten Haarpalastereien über das Ausmaß, in welchem den Beamten das Vereinsrecht zuguerkennen sei, wobei ihnen ein Gewerkschaftsrecht konsequent aberkannt wurde.

Nun sind aber unterdessen regelrechte Beamtengewerkschaften entstanden, die de facto anerkannt worden sind und mit deren Bestrebungen man wiederholt regelrechte Verhandlungen führte, eine Lage, die weder übersehen noch rückgängig gemacht werden kann. Es wird noch viel gespöttelt, um theoretisch die rechtliche Natur des Verhältnisses zwischen dem öffentlichen Beamten und der Regierung aufzuklären. Es handelt sich zumeist darum, ob diesem ein Vertragsverhältnis zugrunde liegt, oder aber die Souveränität der den Staat repräsentierenden Regierung. Die fortschrittlicheren Verfechter des ersten Standpunktes wollen oft unterscheiden zwischen jenen Beamten, die in ihrer Bewerdung Mitrepräsentanten der Staatsgewalt sind, bei denen das vertragliche Element in der rechtlichen Natur ihres Verhältnisses schwächer wäre, so z. B. die Beamten der Justiz, Staatsanwälte usw., und solchen, die eher in einem einfachen Arbeitnehmerverhältnis zum Staate stehen, weil sie in ihrer Verwendung nicht die öffentliche Gewalt betreffen.

Die Regierung selbst vertrat noch im Jahre 1920 den Standpunkt der Souveränitätstheorie. Da wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, um endlich die Rechtsverhältnisse der Beamten zu regeln. (Er wurde bald zurückgestellt.) In diesem ist den Beamten das Gewerkschaftsrecht überhaupt aberkannt, und ihre Vereine dürfen sich wieder mit beamtenwirtschaftlichen noch mit politischen Fragen befassen. Zur Schaffung eines Gesetzes aber ist es bis heute nicht gekommen. Demgegenüber jedoch ist die tatsächliche Lage die, daß die F. N. S. F. (Fédération Nationale des Syndicats des fonctionnaires) und der Conseil National des P. T. T. (Reichsbund und Beamtenverbände und Reichsrat der Post-, Telephon- und Telegraphenbeamten) als Gewerkschaften arbeiten, von den Regierungen de facto als Beamtenvertretungen betrachtet und stets herangezogen werden, und so fehlt bloß eine gesetzliche Verankerung dieses tatsächlichen Zustandes, welche aber nunmehr auch nicht lange auf sich warten lassen dürfte.

Für uns Deutsche hat diese Darstellung der Entwicklung und Lage in Frankreich zwei wichtige Lehren. Die eine folgt aus dem Umstand, daß in Frankreich nach einem 50jährigen Bestehen der Republik noch ein eigentlich monarchistisches Beamtenrecht besteht. Daran sieht man, daß die republikanische Staatsform insofern bloß ein leerer Rahmen ist, als sie nicht mit republikanischem Inhalt ausgefüllt wird und daß sich folglich unter Umständen ein halbes Jahrhundert lang hinziehen kann! Die zweite Lehre aber bietet uns die geschilderte tatsächliche Lage: Kein Gesetz kann sich dem Leben und der natürlichen Entwicklung in den Weg stellen!

Fascistisches Zuchthausgesetz.

Die fascistischen Gewerkschaften in Italien haben ein neues Gesetz betr. Verbot des Müßiggangs erlassen, demzufolge jede freiwillige „Erwerbslosigkeit“ verboten und jeder verhaftet wird, der nicht den Nachweis einer Arbeitsstellung erbringen kann. Man hofft, auf diese Weise Italien in eine „große Werkstätte“ zu verwandeln, in der jeder seine Pflicht erfüllt.

Die italienischen Unternehmer haben es also geschafft. Wer nicht für betriebsförmige Arbeiten will, fliegt ins Zuchthaus. Das ist der tiefere Sinn des Faschismus: Entziehung und Ausbeutung der Arbeiter unter Anwendung der staatlichen Machtmittel.

O Moskau, wie hast du dich vermindert, als du, Wahnwieser folgend, die freien Gewerkschaften in Italien zerschlugst und so stark schwächtest, daß ihnen ein Mussolini den Fuß in den Rücken spannen konnte!

Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Schweizerische Bekleidungs- und Lederarbeiter-Verband, den die jahrelange kommunistische Ministerarbeit auf den Grund gebracht hat, hielt am 9. und 10. Januar in Zürich einen außerordentlichen Ver-

bandsstag ab, dem auch Genosse Simon (Münchberg) als Sekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter beizuhören. Es fand eine gründliche Abrechnung der nichtkommunistischen Opposition mit der ruinösen kommunistischen Mißwirtschaft statt, die dann auch durch Annahme eines begünstigten Antrags bedauert und beurteilt wurde. Gegen die heftige Opposition der Kommunisten wurde mit 85 gegen 28 Stimmen das Verbot der Fraktionen innerhalb des Verbandes und die Auflösung der bestehenden Fraktionen beschlossen. Zweierhandelsnde sollen aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Bedauerlicherweise ist dann allerdings auch bei Stimmabgabe der zehn kommunistischen Mitglieder des Zentralvorstandes der bisherige Verbandspräsident Mokny mit 85 Stimmen wiedergewählt worden, während auf seinen sozialdemokratischen Gegenkandidaten 28 Stimmen fielen. Auch wurde Zürich als Vorort wieder bestimmt, da sich leider keine andere Sektion dazu eignete.

Wenn nun die Kommunisten trotz der ihnen vom Verbandsstag erteilten zwei Mißtrauensvoten ihre bisherige Wirtschaft fortsetzen sollten, so würde das allerdings das Ende des Verbandes bedeuten, da die nichtkommunistischen Mitglieder nicht gewillt sind, sich fernhin von den Kommunisten im Verbandsorgan und in den Sektionsversammlungen beschimpfen zu lassen. Der Verbandsrat hat ausdrücklich die parteipolitische Neutralität der gesamten Verbandsstätigkeit und des Verbandsorgans beschlossen, und wenn die Kommunisten in Zürich sich nicht daran halten, sondern ihre parteipolitisch-kommunistische Mißwirtschaft und Vergiftung der gesamten Verbandsverhältnisse fortsetzen sollten, so wäre der Verbandsrat umsonst gewesen.

Betriebsrätewahlen im Bergbau. Die vier Bergarbeiterverbände beschlossen, für den gesamten deutschen Bergbau die Neuwahl der Betriebsräte auf die Tage vom 25. bis 27. März 1926 zu legen. Die übrigen interessierten Organisationen wie die dem Ufa-Bund angeschlossenen Angestelltenverbände dürften sich mit dem Vorschlag einverstanden erklären.

Forderungen der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands veranfaßten in Köln eine Kundgebung, in deren Verlauf die Redner sich entriest über verschiedene Maßnahmen der Reichsregierung äußerten. In einer Entschliessung wurde u. a. eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsfälle als dringend notwendig bezeichnet. Weiter wird die Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung und die Gewährung größerer Geldmittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet gefordert. Schließlich wird die sofortige Inangriffnahme größerer staatlicher Arbeiten und staatliche Mittel zum Bau von Wohnungen verlangt.

Aus den Gerichtssälen.

Unterm Einfluß des Alkohols.

Ein junger Mann saß mit seiner Braut in einem Magdeburger Restaurant, erfreute sich an Jazzbandmusik und war vollkommen aufgegangen in dem von dem Wirt veranstalteten Wingerfest. Dem Wirt wurde eifrig zugesprochen. Da sonst der junge Mensch nur wenig zu trinken pflegte, fiel er dem allzu reichlichen Alkoholgenuß zum Opfer und geriet wegen Kleinigkeiten mit seiner Braut in Streit. Die Braut hatte deshalb seiner Trunkenheit noch weiter sich den Freuden des Wingerfestes hingeben wollte. Trotzdem bekam es aber die Braut fertig, ihren Bräutigam zum Heimweg zu bewegen. Weil aber der Bräutigam auch auf der Straße seinen Streit fortsetzen wollte, ließ ihn die Braut einfach stehen und ließ sich von einem Kollegen ihres Bräutigams und dessen Braut nach Hause begleiten.

Sie hatte aber nicht damit gerechnet, daß der Bräutigam eiferjüchtig werden konnte. Dieser stellte sich noch in später Nachtstunde vor der Haustür der Wohnung seiner Braut auf und wartete auf die Heimkehr des Mädchens. Da diese schließlich mit seinem Kollegen — wenn auch dessen Braut dabei war — ankam, wurde er sehr erregt, griff zum Messer und verletzete in seiner Wut seiner Braut mehrere Messerstiche. Sein Kollege sprang sofort dem bedrängten Mädchen zu Hilfe, wurde aber gleichfalls von dem Betrunknen und Eiferjüchtigen mit dem Messer an der Hand verletzt.

Wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug hatte sich der junge Mann vor dem Schöffengericht zu verantworten. Da er sich inzwischen mit seiner Braut wieder vertragen hatte, verweigerte diese vor Gericht die Aussage. Bedinglich der Kollege, der auch wieder seinem Freund beistehen hatte, mußte über die nachlässigen Vorfälle eidlich Auskunft erteilen. Da auch er bestätigte, daß sein Freund betrunken war und sich in einer jähzornigen Erregung befand, ließ das Gericht Milde walten und verurteilte den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von 30 Mark. Das milde Urteil stützte sich vor allem auf die Tatsache, daß der Angeklagte in seinem Beruf als Polizeioberwachmeister eine einwandfreie Führung nachweisen konnte. Um ihn vor der Gefahr der Dienstentlassung zu bewahren, fällt das Gericht das außerordentlich milde Geldstrafurteil. Immerhin ist ein so leicht erregbarer Hüter der Ordnung wohl kaum der geeignetste Mann auf seinem Posten.

Die gefällste Invalidentante.

Der Gärtner Fritz R. aus Groß-Salze ist wegen mehrerer schwerer Einbrüche vor einiger Zeit von dem Schönebecker Schöffengericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Da er aber zu damaliger Zeit noch unbestraft war, zum Teil seine Straftaten auch einer Rastlage entsprungen sein mögen, wurde ihm trotz der Höhe der Strafe Strafaussetzung bewilligt. Nach seiner Verurteilung hatte er keinen festen Wohnsitz. Er kam auch nach Magdeburg. Bei einem Volksfeste benahm er sich recht auffällig. Die Kriminalpolizei nahm Veranlassung, sich den jungen Burjchen näher anzusehen. Wegen ungenügender Ausweispapiere nahm sie ihn fest. Es war zwischen seiner persönlichen Auskunft und seinen Ausweispapieren ein Altersunterschied. Er selbst gab an, 19 Jahre alt zu sein, während seine Invalidentante ihm bestätigte, daß er bereits das 21. Lebensjahr überschritten hatte. Das veranlaßte den Beamten zu fragen, wie das käme. Er bekam zur Antwort, daß er seine früheren Diebstähle nicht so erfolgreich hätte ausführen können, wenn er die Raste nicht gefällig hätte, da er sonst als 19jähriger seine gestohlenen Waren bei Händlern nicht losgeworden wäre. Die Tröbler haben die Verpflichtung, nur volljährigen Personen etwas abzukaufen. Die Folge dieser Aussage war eine erneute Anklage wegen Urkundenfälschung. Da vor dem Schöffengericht der Angeklagte abermals in derselben Weise die Fälschung seiner Invalidentante begründete, kam er mit vier Monaten Gefängnis davon. Auch für diese Straftat voll er Strafaussetzung bekommen, wenn die noch anzustellenden Ermittlungen günstig für ihn ausfallen.

Eine Zufallsstrafe.

Mit einem schweren Einbruch diebstahl aus dem Jahre 1920 beschäftigte sich am Montag das erweiterte Schöffengericht. Angeklagt ist der 1901 geborene Schlosser Hermann Sopart, der augenblicklich eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren verbüßt. Als er damals noch unbestraft war, kam er auch nach Magdeburg und wurde, weil er sich angeblich in Not befand, mit Komplicen dahin einig, irgendwo „ein Ding zu drehen“. Der Plan war bald fertig und noch in derselben Nacht verübten die drei Männer einen Einbruch in der Weitzenstraße, bei dem sie eine Anzahl Wäsche- und Kleidungsstücke erbeuteten. Die beiden Komplicen sind längst abgeurteilt und haben heute ihre Strafe längst vergessen. Nur Sopart gelang es, sich durch Beilegung eines falschen Namens den Armen der Justiz zu entziehen, bis aber ein gewiegener Kriminalist feststellte, daß der unter dem Namen Niemann wegen räuberischer Erpressung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte Angeklagte Sopart heißt und mit dem Mann identisch ist, der auch in Magdeburg den Einbruch verübt haben soll.

Vor dem Schöffengericht versuchte der Angeklagte zunächst zu leugnen. Da er aber durch Fingerabdruck vollkommen überführt erschien, gestand er die ihm zur Last gelegten Taten unumwunden ein. Außer den Diebstählen ist er auch noch der intellektuellen Urkundenfälschung angeklagt, weil er sich längere Zeit unter falschem Namen verberg und auch diesen falschen Namen in die Gerichtsbücher eintrug. Das Gericht ließ, weil der Angeklagte zur Zeit dieser Tat noch unbestraft war und auch als der Jüngste unter den Dreien als der Verführer erschien, Milde walten und verhängte gegen ihn eine Zufallsstrafe von vier Monaten.

Volksport.

Das Kreismeisterschaftsspiel in Burg.

Sturm 07 Magdeburg schloß Sportfreunde Thale 10 : 1 (7 : 0), Eden 2 : 5. Es mögen an die 500 Personen gewesen sein, die sich am Sonntag auf dem Sportplatz am Stadionspark in Burg eingefunden hatten, um Zeuge eines spannenden Kampfes zweier Bezirksmeister um die Kreismeisterschaft zu sein. Ihrer aller Worte eine schwere Enttäuschung. Vor dem Sturm 07 von vornherein als Sieger vorgeesehen worden, so hatte doch eine derartige sensationelle Niederlage der Sportfreunde niemand ermartet. Diese Mannschaft, mit drei Mann Ersatz antretend, setzte aber auch nicht das geringste Ansehen. Die Erstgenannte können eine Enttäuschung nicht sein, da ein Bezirksmeister ja immer guten Erfolg in Entschieden haben muß. Der Schmeck nach Sturm 07 spielte auf Schönebecken, und zwar hervorragend. Bedinglich der Mittelkreis des Magdeburger Bezirks war hervorragend. Im übrigen kein Stellungsspiel, kein Antrittsspiel, in der Abwehr sehr schwach. Der Vertreter des Magdeburger Bezirks dagegen war hervorragend in Form; zwei Klassenunterstufen trennten die Mannschaften. Mit diesem Zuspiel, gepaart mit anschließendem, oft gewaltigen Schusse, hielt Sturm 07 den Gegner fest in dessen Hälfte fest. Sturm schloß die Tore, wie es den Spielern beliebte, und konnte das Resultat noch weit höher treiben. Das Sportfreunde zu einem Erfolg kamen, schien von Sturms Seite doch recht bedinglich. Es ist für den Magdeburger Bezirk bedauerlich, daß sein Vertreter erst jetzt in Hofheim erscheint, denn zum Kreismeister dürfte es schon zu spät sein. Zum Spielverlauf selbst ist sehr wenig zu sagen. Mit Anstoß von Thale setzt sofort von Sturms Seite ein heftiger Angriff ein. Der Ball wird abgenommen, landet aber im Aus. Sportfreunde kommen gar nicht recht zur Bestimmung, schon in der 3. Minute fällt ein Kopfstoß von Sturms Rechtsaußen geschossen, in ihrem Heftstum. Schuß auf Schuß läuft auf das Sportfreunde-Tor, viele Kugeln gehen über oder neben der Latte, und doch passiert der Ball in gleichen Abständen noch sechsmal die Torlinie Sportfreundes. Letztere kamen über die Verteidigung der Magdeburger nicht hinaus. Auch die zweite Halbzeit sah in der Spielweise keine Abwechslung. Sturms Mitte schloß in der 63. Minute das achte Tor, die Spieler selbst waren nicht mehr recht bei der Sache. Dadurch fiel auch in der 71. Minute durch den Einbruch nach Durchbruch das einzige Tor für Sportfreunde, welches gleich verhindert werden konnte — wenn Sturm gewollt hätte. 4 Minuten später land das Resultat 10 : 1 für Sturm, viele Zuschauer hatten bereits den Platz verlassen. Der Kampf war infolge Sturms Überlegenheit zu einseitig — ein Kreismeisterschaftsspiel, wie es eigentlich nicht vorzunehmen dürfte. Ein Schiedsrichter, Schieds (Braunschweig), hatte kein schweres Amt und verlor zur Zufriedenheit beider Parteien.

Handball.

Bunter Ballspielklub I gegen Schwimmer Reusatz 10 : 0 (8 : 0). Vor dem Kreismeisterschaftsspiel der Fußballer lieferten sich obige Mannschaften in Burg unter Leitung von Schilling (Ballspielklub) einen spannenden Kampf. Beide Mannschaften hatten in der Leitung, besonders in den Torhütern, ihre Stärke, während der Angriff, wie so auch am dem Resultat ersichtlich ist, sehr schwach war. Immerhin hätten die Schwimmer damit ihres besten Aufwärtens einen knappen Sieg verdient. In der letzten Viertelstunde artete das Spiel sehr aus, wobei ein Spieler Ballspielklubs bedauerlicherweise arg verletzt wurde.

Leichtathletik.

Sportlehrer der Märker Arbeiterportier. Unter reger Beteiligung fand am Sonntag in Stendal in der Turnhalle Schützenstraße eine Gruppenpokalrunde statt, die vom Bezirksportwart W. A. J. B. H. (Sturm) geleitet wurde, und der es gelang, auf allen Gebieten des Sportes theoretische und praktische Anweisungen zu geben. Durchgeführt wurden Sportler-Trainingsübungen sowie Laufstrecke, Sperrrennen, Ausgetrieben, Start und Spiele. Dieser ersten Bekräftigung werden weitere folgen, die der Zweck haben sollen, schon im Winter für die Kämpfe im Sommer gute Sportler heranzubilden. Die Delegierten müssen innerhals des Bereichs für eine weitere Ausbreitung der erhaltenden Anregungen Sorge tragen.

Warenmärkte.

Magdeburger Futtermärkte vom 18. Januar.

Der Preis für Weizen (einheitl. Saat und Verbrauchsmittel) beträgt mit 50 Kilogramm netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Regen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhals 10 Tagen 23,00—23,10 Mk., bei Lieferung per Januar/März 23,50 Mk. für gemahlene Mehl. Tendenz ruhig.

Berliner Produkten-Börse vom 18. Januar.

Notizen an der Mittagbörse ab Station: Weizen, märk. 245—251, mecklenburg. 240—245, Roggen, märk. 148—150, pommerk. 148—150, mecklenburg. Sommergerste 150—157, Winter- u. Futtergerste 148—153, Hafer, märk. 160—171, Weizenmehl 32,50—36,00 je nach Marken über Nord, Roggenmehl 22,00—24,00, Weizenkleie 11,25—11,50, Roggenkleie 9,75—10,25, Reismehl —, Biskuliorbsen 27,00—28,00, kleine Speiseerbsen 22—23, Futtererbsen 20,00—22,00, Pelusinen 19—20, Ackerbohnen 20—21, Wicken 20,50—22, Lupinen, blaue, 11,75—12,50, gelbe 12,75—15, Serradelle, neu, 18—19, Haselnüsse 15,25, Leinsamen 23,50—23,60, Trockenfrüchtel prompt 8,00—8,20, Ackerfrüchtel —, Sojamehl, 30—70 Prozent 8,20—8,50, Karottensoden 14,80—15,30, (Getreide und Mehl pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100 Kilogramm.)

Telegraphische Auszahlungen.

	16. Januar		18. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168,66	169,11	169,12
Buenos Aires	1 Papierpeso	1,787	1,741	1,783
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	19,05	19,19	19,06
Danzig	100 Gulden	80,51	81,01	80,22
Hankow	100 Kronen	85,36	85,83	85,48
Kopenhagen	100 Kronen	104,39	104,65	104,29
Stockholm	100 Kronen	112,81	112,59	112,30
Schweden	100 holl. Mark	10,53	10,59	10,645
London	1 Pfund	16,965	16,986	16,99
Remont	1 Dollar	20,888	20,488	20,385
Paris	100 Franken	4,195	4,205	4,195
Spanien	100 Franken	15,855	15,898	15,74
Schweden	100 Kronen	81,085	81,285	81,045
Japan	100 Beizen	59,41	59,55	59,84
Rio de Janeiro	1 Yen	1,885	1,880	1,899
Singapur	1 Miteis	0,630	0,631	0,631
Siam	100 Saiting	60,05	60,19	60,25
Singapur	100 Kronen	12,419	12,459	12,419
Singapur	100 Kronen	7,41	7,43	7,485
Singapur	100 Kronen	5,57	5,59	5,57
Singapur	100 Kronen	2,84	2,85	2,815
Singapur	100 Kronen	21,885	21,885	21,885
Singapur	100 Kronen	5,79	5,81	5,79
Singapur	1 Pfund	2,21	2,22	2,20



Die geplagte Hausfrau muß entlastet werden!

Sie spart Mühe und Zeit, wenn sie zur Herstellung guter Sappes MAGGIS Suppenwürfel verwendet. Das lange Zerkleinern fällt weg. Auf einfachste Weise — nur noch durch Kochen mit Wasser — bereitet sie daraus köstliche Sappes, achtet aber sorgsam auf die auf jedem Würfel befindliche Kochvorschrift. Große Sortenauswahl, deshalb reiche Abwechslung. 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg.

